Early Journal Content on JSTOR, Free to Anyone in the World

This article is one of nearly 500,000 scholarly works digitized and made freely available to everyone in the world by JSTOR.

Known as the Early Journal Content, this set of works include research articles, news, letters, and other writings published in more than 200 of the oldest leading academic journals. The works date from the mid-seventeenth to the early twentieth centuries.

We encourage people to read and share the Early Journal Content openly and to tell others that this resource exists. People may post this content online or redistribute in any way for non-commercial purposes.

Read more about Early Journal Content at http://about.jstor.org/participate-jstor/individuals/early-journal-content.

JSTOR is a digital library of academic journals, books, and primary source objects. JSTOR helps people discover, use, and build upon a wide range of content through a powerful research and teaching platform, and preserves this content for future generations. JSTOR is part of ITHAKA, a not-for-profit organization that also includes Ithaka S+R and Portico. For more information about JSTOR, please contact support@jstor.org.

VIII.

Ernst Graf zu Münster.

Von

Heinrich Ulmann.

Vor unseren Augen bröckelt Stein um Stein ab von dem internationalen Bau der Wiener Verträge, zu dessen Errichtung die Jahrzehnte lang in ihrem Grund erschütterten und aufgewühlten Volksbesonderheiten und Staatsgebilde Europas als Material gedient. Man hat ein Werk von längster Dauer schaffen wollen, durch dessen bloße Existenz für immer der Krater der Revolutionen verstopft schien. Man hat letztere nicht einmal zu localisiren vermocht. Vielmehr ist eingetreten, was schon weiterblickende Zeitgenossen vorausgesehen; das natürliche Schwergewicht der Dinge hat allmählich das Werk überkünstlicher Staatsweisheit durchbrochen, so daß einer der Schöpfer jener Verträge von 1814/15, wenn er heute erstünde, statt eines Prachtbaus nur einen Trümmerhaufen erblicken würde, aus dem einige Mauerzinnen fast trübselig emporragen. Im Allgemeinen herrscht heutzutage wünschenswerthe Klarheit darüber, warum das exegi monumentum aere perennius für jenes Diplomatenwerk kein passendes Motto werden konnte. Ich wiederhole ganz Bekanntes, wenn ich die unbillige und unkluge Vernachlässigung nationaler und volksthümlicher Interessen als Ursache einer den Absichten der Begründer so widersprechenden Entwicklung bezeichne. Auch damit sage ich nichts Neues, daß kein Land das einseitige Hervortreten statistisch-territorialer Gesichtspunkte, jenen unpatriotischen Handel

um Quadratmeilen und Seelen, der keine natürlichen Bedingungen respectirte, schmerzlicher zu empfinden gehabt hat als unser Vaterland. Zur Habgier gesellte sich noch die Eifersucht gegen den deutschen Staat, der beim Befreiungswerk das Beste gethan, das Meiste geopfert. Welche Verblendung, daß Große wie Kleine geschäftig waren, den Staat an Wurzeln und Aesten zu verkümmern, der mit zäher Langsamkeit auf deutschem Grund erwachsen und berufen war, über diesem sein schirmendes Dach auszubreiten! Dieser unnatürliche Versuch, Preußen zur Unterordnung zu zwingen, hat nach fünfzig Jahren äußerer Ohnmacht und innerer Sammlung zu jener Umwälzung geführt, die wir sich vollziehen sehen.

Man würde irren, wenn man bei den Männern, die mitgearbeitet an dieser Gestaltung der Dinge, von vornherein nur verbissenen Particularismus oder in der Wolle gefärbten Haß gegen Preußen als Triebfeder ihres Thuns voraussetzen wollte. Es war immerhin, bei gutem Glauben, etwas Berechtigtes zu erstreben, ein edlerer Ehrgeiz, der Manche antrieb. Freilich etwas mehr vaterländischer Sinn wäre den Meisten zu wünschen gewesen. Statt den Mittelpunkt, der Freiheit Grundstein zu erstreiten, raufte man sich um die Mörtelsteine, so klagt bitter der Sänger der geharnischten Sonette. Es ist sehr lehrreich, diesem Treiben so nahe als möglich zu treten, von den Persönlichkeiten, die hier thätig waren, ein Gesammtbild ihrer politischen Bestrebungen zu gewinnen. Neuerdings sind aus dem Nachlaß Castlereaghs und Talleyrands Veröffentlichungen ans Licht getreten, die Bernhardi die Grundlage seiner trefflichen Darstellung des Wiener Congresses in seiner Geschichte Rußlands gegeben haben. Trotzdem war noch immer gar Manches mit Dunkel bedeckt und ist es daher doppelt erfreulich, daß Graf Georg zu Münster, Erblandmarschall von Hannover, sich entschlossen hat, aus den Papieren seines verstorbenen Vaters die Depeschen herauszugeben, die derselbe als hannöverscher Congreßgesandter in Wien an den damaligen Prinzregenten von England gerichtet hat[1]). Von dem historischen Werth

1) Politische Skizzen über die Lage Europas vom Wiener Congreß bis zur Gegenwart (1815—1867). Nebst den Depeschen des Grafen Ernst Friedrich Herbert zu Münster über den Wiener Congreß. VI u. 302 S. (Die Depeschen von S. 180—302) Leipzig 1867.

dieser Aktenstücke wird später die Rede sein, hier nur die Bemerkung, daß diese Publication um so mehr Veranlassung gab, des Grafen Münster in diesen Blättern ausführlicher zu gedenken, als, seit der letzten Biographie desselben in Hormayrs Lebensbildern aus dem Befreiungskriege, durch Pertz Leben Steins und Gneisenaus ein reiches neues Material an den Tag gefördert ist. Selbstverständlich wird die seitdem gesteigerte Kenntniß jener Zeit überhaupt auch dem Bild des Grafen Münster zu Gute kommen. Es ist nun natürlich nicht meine Absicht, hier einen vollständigen Lebensabriß desselben zu geben: dazu reichen bei Weitem die Quellen noch nicht aus. Von seiner spätern Thätigkeit für Hannover, seiner Verflechtung in die Braunschweiger Wirren u. s. w. wird daher nur subsidiär die Rede sein. Dagegen halte ich es für nothwendig zur gerechten Würdigung seiner Stellung in Wien, der früheren Lebensschicksale vorübergehend Erwähnung zu thun, hauptsächlich aber seine bedeutende Wirksamkeit in der Geschichte der Coalitionen gegen Napoleon, besonders seit 1809, an der Hand der Correspondenz mit Gneisenau und Stein eingehend zu betrachten.

Unseres Münster Vater, Georg Ludwig Dietrich Freiherr von Münster, dem er 1767 zu Ledenburg in Westfalen geboren ward [1]), war fürstbischöflicher Hofmarschall in Osnabrück. Derselbe ward 1792 in dem Interregnum nach dem Tod Leopold II von dem Kurfürsten-Reichsvicar Karl Theodor von Pfalz-Baiern in den Grafenstand erhoben. Auf dem Basedowschen Philantrophin zu Dessau und dann auf der Ritterakademie zu Lüneburg ward der junge Ernst für die Georgia Augusta vorbereitet, die er 1784 als Student der Rechte bezog. Nach vierjährigem Studium daselbst trat er als Auditor bei der Justizkanzlei zu Hannover in den Staatsdienst. 1791 erfolgte seine Ernennung zum Hof- und Kanzleirath, 1793 — nach inzwischen erfolgter Erhebung in den Grafenstand — die erste Verwendung im diplomatischen Dienst. Es scheint mir nicht unwesentlich für des jungen Grafen spätere politische Richtung, daß er sich seine Sporen in einer ziemlich heiklen Angelegenheit verdienen

1) Nach Hormayr Lebensbilder I 11 am 1. März 1766 zu Osnabrück. Ich folge der Angabe des Sohnes in den „Politischen Skizzen".

mußte. Es galt dem englischen Prinzen August, Herzog von Sussex, der sich in Rom ohne die gesetzlich nothwendige Einwilligung des Königs vermählt hatte, den Befehl zur Rückkehr nach England zu überbringen. Doch erwarb ihm seine Gewandtheit so die Anerkennung König Georg III, daß er 1794 schon mit dem Herzog von Sussex nach Italien zurückgesandt ward. Es war ihm vergönnt, während eines fast fünfjährigen Aufenthaltes daselbst seine Vorliebe für Kunst zu befriedigen, Geist und Geschmack zu bilden. Nach kurzer Beschäftigung in der hannöverschen Domänenverwaltung ward er 1801 nach der Ermordung Kaiser Pauls als kurfürstlich hannoverscher Gesandter nach Petersburg geschickt. Hier knüpfte er die für seine spätere Stellung wichtige Verbindung mit Fürst Schwarzenberg und Graf Philipp Stadion an; aus dieser Zeit datirt aber auch seine immer wachsende Mißstimmung gegen den preußischen Staat. Schon die im Frühjahr 1801 zur Sicherung der sogenannten nordischen Neutralität stattgehabte zeitweilige Besetzung Hannovers durch preußische Truppen war ihm äußerst zuwider, obwohl Friedrich Wilhelm III jede Idee einer Schadloshaltung gehabter Verluste an Hannover ohne Einwilligung Großbritanniens von sich wies. Im Jahre 1803 war es Münster, der von Petersburg aus mit aller Kraft eine zweite preußische Occupation des Landes zu verhindern strebte, die er als eine invasion prussienne ansah. Sein Bemühen war bei der unentschlossen schwankenden Haltung des Berliner Hofes nur zu sehr mit Erfolg gekrönt, so daß nach einem schmählichen Bankerott der kurfürstlichen Behörden Hannover einige Jahre früher als andere deutsche Lande die Freude französischer Besitznahme zu kosten bekam. Mit dieser französischen Besetzung Hannovers begann bekanntlich die lange Reihe der frechsten Gewaltthaten der napoleonischen Politik gegen Deutschland. Das Nächste war die völkerrechtswidrige Verletzung deutschen Gebietes zur Wegschleppung des Herzogs von Enghien aus dem badischen Ettenheim. Während das officielle Deutschland in Regensburg sich drehte und wand, um einer directen Erklärung gegen den gefürchteten Nachbar aus dem Wege zu gehen, war es neben Rußland und Schweden allein der hannöversche Gesandte, der zu einer mannhaften Genugthuungsforderung angewiesen war. Bekanntlich konnte dieser Schritt nicht verhindern, daß die Reichstagsgesandten

durch massenhafte Abreise einen Beschluß unmöglich machten. In wie weit Graf Münster an dieser Haltung Hannovers betheiligt war, ist nicht ersichtlich. Erst etwas später, in der zweiten Hälfte des Jahres 1804, ward er von Georg III nach London berufen und dann zum hannöverschen Staats- und Cabinetsminister bei der Person des Königs ernannt. Eine Stellung an sich von weitreichender Bedeutung, da ihrem Inhaber die geschäftliche Vermittlung zwischen dem König-Kurfürsten und dem Geheimrathscollegium zu Hannover oblag. Für den Augenblick freilich, so lange das Stammland des englischen Königshauses in feindlicher Gewalt blieb, eine ziemlich wesenlose Bestimmung, wenn nicht Münster es verstanden hätte statt der territorial-hannöverschen die dynastisch-welfische Seite seiner Stellung geltend zu machen. Er war der unermüdliche Verfechter der Interessen Georg III und seines Hauses gegen Jedermann, dabei trotz enger Verbindung mit Pitt und später mit Castlereagh und Canning dem englischen Parteitreiben fernstehend, daher von demselben unerschüttert auf seinem Posten ausdauernd. Wie klug diese vorsichtige Zurückhaltung war, leuchtet ein, wenn man sich an die ängstliche Sorgfalt erinnert, mit der damals die Räthe der Krone wie des Parlaments beflissen waren, jedes Opfer Englands für speciell hannöversche Interessen des Königshauses abzuweisen. So konnte Münster in glücklicher Selbstständigkeit seine Kräfte dem großen Kampf gegen Napoleon widmen. Denn wenn er den englischen Geschäften fern stand, so war er doch, wie man mit Recht gesagt, gewissermaßen das Fernrohr, durch welches die Leiter der britischen Politik die continentalen Angelegenheiten betrachteten, über welche sie damals oft sehr unzureichend orientirt waren. Wir werden sehen, wie dieses Fernrohr, nicht stets ungetrübt von Vorurtheilen, die Dinge jenseits des Meeres abspiegelte. Zuvor nur ein Wort über Münsters politische Anschauung. Einen geistesarmen, engherzigen Mann hat E. M. Arndt den Grafen Münster gescholten [1]), hauptsächlich wegen seines Verhaltens auf dem Wiener Congreß. Er hat damit offenbar viel zu viel gesagt. Ebensoweit schießt freilich die panegyrische Darstellung Hormayrs über das Ziel hinaus. Münster

1) Arndt, Erinnerungen aus dem äußern Leben S. 237.

galt nicht nur, sondern war in der That ein Hochtory. Ob er aber, wie sein Sohn meint, wie alle echten Aristokraten in Wahrheit freisinnig war, darüber wird später ein Wort zu sagen sein. Münster theilte den echt englisch aristokratischen Haß gegen den Emporkömmling Napoleon, eine Stimmung, die während seines Aufenthaltes am Petersburger Hof hinreichend Nahrung erhalten hatte. Er empfand dabei vor Allem als Hannoveraner schmerzlich die Knechtung seines Landes, das reindeutsche Interesse stand ihm erst in zweiter Linie. Das hannöversche Stammgefühl ging Hand in Hand mit seiner dynastischen Anschauungsweise. Er war viel mehr Hofmann als Aristokrat. Wie wenig er in dieser Beziehung, gleich einem Stein, stolze Zurückhaltung bewahrte, beweist wiederholt seine Laufbahn. Ich erinnere an seine erste Fahrt nach Italien und deren Zweck; ich weise hin auf seine spätere Betheiligung an den Bemühungen, auch durch die hannöverschen Gesandtschaften das Material zu dem scandalösen Proceß gegen die nachmalige Königin Karoline herbeizuschaffen [1]). Viel zu sehr war unser Staatsmann in den Ideenkreis und die Pläne seines Hofes verflochten, als daß er vor Allem eine deutsche Politik hätte treiben sollen. Es erwächst ihm daraus zunächst kein Vorwurf. Non omnia possunt omnes. Aber man sollte doch aufhören, immer wieder seine Deutschheit zu preisen und ihm so einen Standpunkt anzuweisen, von dem aus das Urtheil nur zu seinem Nachtheil ausfallen kann. Daß Münster nicht leicht vorgefaßten Meinungen entsagte, dafür ist sein ganzes Leben ein Beleg; zum Ueberfluß hebt es in seiner Schilderung des Wiener Congresses noch Varnhagen (Denkw. III 296) ausdrücklich hervor. Ein solcher unausrottbarer, jeder Belehrung spottender Widerwille war ihm gegen Preußen eigen. Auch hier liegt es mir, wie ich schon jetzt erklären will, durchaus fern, es dem hannöverschen Grafen schwer anzurechnen, daß er nicht preußischer dachte als Preußens Staatsmänner selbst, daß er sich später nicht bemühte, für diesen Staat in Deutschland eine Stellung zu erkämpfen, welche jene durch ihre grundverschiedenen, fast auf Vorrath gearbeiteten Entwürfe für eine deutsche Verfassung, mit einem Wort durch mangelnde staats-

1) Varnhagens Denkwürdigkeiten IX 99.

männische Consequenz selbst theilweise verscherzt hatten. Aber hohen deutschen Sinn kann man doch darin ebensowenig erkennen wollen, als etwa weitblickende staatsmännische Einsicht, daß Münster allen Ernstes geplant hat, Preußen als einen Staat zweiten Ranges zwischen Oder und Weichsel fortvegetiren zu lassen. Seiner Mißachtung und Verkennung dieses Staats setzte dann allerdings sein Benehmen auf dem Wiener Congreß die Krone auf. Diese persönlichen Stimmungen entsprungene Unterschätzung der Bedeutung Preußens ist für den welfischen Diplomaten um so weniger entschuldbar, als weit minder eingeweihte Beobachter mit überraschender Schärfe das Richtige erkannt haben. Ich erinnere bloß an jene jüngst ans Licht getretene Aufzeichnung eines Adjutanten des Herzogs von Weimar, die, mitten in dem Getriebe jener europäischen Fürsten- und Diplomatenversammlung entstanden, mit fast prophetischem Blick die Zukunft Deutschlands erfaßte. Das Gesagte wird vorläufig genügen, um die Stellung zu bezeichnen, die Münster in dem von Pitt wieder aufgenommenen und von dessen Nachfolger fortgesetzten Kampf Englands gegen die napoleonische Uebermacht einnahm. England war die Seele aller jener Coalitionen, die in kurzen Zwischenräumen sich immer wieder gegen Frankreich zusammenfanden. Münsters Hauptaufgabe war die Pflege dieser festländischen Beziehungen. Denn so jungfräulich unnahbar die meerumgürtete britische Insel dem korsischen Eroberer gegenüberstand, so vermochte sie doch, abgesehen von Digressionen, wie jener in Portugal, vermöge ihrer eigenthümlichen Lebensbedingungen nur durch Ermuthigung und Unterstützung festländischer Mächte dem ruhelosen Weltherrschaftsstreben Napoleons einen Riegel vorzuschieben. Der unglückliche Krieg von 1805, der durch Niederwerfung Oesterreichs die sog. dritte Coalition sprengte, führte bekanntlich auch zu jenem berufenen Bündniß Preußens mit Napoleon, in Folge dessen nach dem Wortlaut der Proclamation Hannover von Preußen bis zum Frieden in Verwahrung und Administration genommen ward. Münster, damals persönlich im Lande anwesend, weigerte sich selbstverständlich diese in Folge eines überraschenden Umschwungs der berliner Politik eingetretene Occupation anzuerkennen. Auch der nicht in die geheimen Verhandlungen Eingeweihte konnte in diesem Fall leicht unter der durchsichtigen Hülle

das wahre Gesicht einer dauernden Besitznahme hervorblicken sehen. Mit scharfem Protest schied er von Hannover, das er bis zum Jahre 1813 nicht wieder betreten sollte. Noch kein Jahr war vergangen und der preußische Staat existirte nur noch von dem guten Willen Napoleons oder vielmehr von seiner weitausschauenden Plänen zu Liebe bewiesenen Nachgiebigkeit gegen die Fürbitte Alexanders von Rußland. Es folgte jene Vereinigung Frankreichs mit Rußland zur getheilten Erbschaft des alten Europa, nach Napoleons Sinn die letzte Etappe zur Alleinherrschaft auf dem Continent. Es liegt nicht in meiner Aufgabe, hier die allmählich bis zum Unerträglichen sich steigernde Ehrsucht und Anmaßung des französischen Kaisers, seine immer schwindelnder ausgedachten Projecte auch nur zu skizziren. Nur eines muß ich hervorheben. Napoleon, in dem Glauben, Rußlands sicher zu sein, sah nicht mit Unrecht in England seinen unversöhnlichsten Feind, das Haupthinderniß seiner Pläne. Die Continentalblocade in ihren verschiedenen Stadien erschien seinem rachedürstenden Geist als das Mittel, dem englischen Staatskörper das Blut zu entziehen, das seine Adern durchströmte. Ganz Europa, so weit es in Freundschaft oder durch Gewalt dem französischen Einfluß offen stand, litt entsetzlich unter diesem System. Begreiflicherweise trat auch hier eine unvermeidliche Folge unnatürlicher Absperrung hervor, ein schlau und kühn betriebener Schmuggelhandel. Von den entsittlichenden Folgen desselben ist hier nicht zu reden; aber er schaffte vielfach die Gelegenheit zur ununterbrochenen Verständigung ungebeugter Patrioten mit England, das immer bereit war, aus seinen anscheinend unerschöpflichen Mitteln zu antinapoleonischen Zwecken beizusteuern. Der Mann, in dessen Hand alle Fäden dieses Netzes zusammenliefen, war Graf Münster in London. Durch ihn erhielten zahlreiche deutsche Officiere, die ihren Napoleonshaß aus dem geknechteten Vaterland ins Ausland zu tragen gezwungen waren, Anstellung in der sich bildenden deutschen Legion in englischem Sold oder auch Verwendung bei den englischen Truppen in Portugal. So trug er seinerseits dazu bei, eine Anzahl wackerer Männer aufzubewahren für die Stunde der Rache. Weit wichtiger waren seine geheimen Verbindungen mit den seitens der französischen Polizei argwöhnisch bewachten Regierungen und mit den Vorkämpfern der

nationalen Sache im Volk. Unerhört seit den Tagen des Römerreichs war die französische Politik, mitten im Frieden fremde Staaten ganz oder in ihren beherrschenden Punkten besetzt zu halten und auszubeuten; hatte einst Wallenstein das Princip befolgt, „den Krieg durch den Krieg zu ernähren", so hatte Napoleon auch hierin originell seine Heeresmassen in den zum Frieden gezwungenen Staaten als unfreiwillige Gäste zurückgelassen, um die Ueberwundenen nicht wieder zu Kräften kommen zu lassen. Unter diesen Umständen, da fast alle militärisch-wichtigen Communicationen im Bereich seiner Armee lagen, hatte ein geheimer Verkehr seiner Gegner nicht nur die größten Schwierigkeiten, sondern auch fast unvermeidliche Gefahren. Gegen brutale Gewalt mußten alle Mittel der List gelten. Schwer zu enträthselnde Chiffreschriften, angenommene Namen sollten die zahlreichen fremden und leider auch einheimischen Spürer irre leiten. Der lebhafteste Verkehr bestand nach jener pomphaften Zusammenkunft von Erfurt zwischen London und Wien, zwischen den beiden Petersburger Freunden Münster und Stadion. Letzterer, der in hohem Sinn nach dem Preßburger Frieden die Regeneration Oesterreichs in die Hand genommen, sah sich bald in der verzweifelten Lage, nur durch einen neuen Krieg Besserung hoffen zu dürfen. Schon 1808 sah er denselben für unvermeidlich, aber ohne englische Subsidien für unausführbar an. Er wandte sich an den britischen Agenten in Wien, den Grafen Hardenberg, den Vetter des preußischen Staatskanzlers, der seine wichtige Mission dem argwöhnischen Auge der französischen Polizei gegenüber durch eine absichtlich zur Schau getragene Unbedeutendheit zu verbergen wußte. Neben ihm wirkte in demselben Sinne von Malta aus noch Johnson, mit dem im October 1808 auch der von der preußischen Patriotenpartei, um Fühlung mit Oesterreich zu gewinnen, abgesandte Graf Götzen in Verbindung trat [1]). Die Eröffnungen, die Stadion durch diese Agenten dem britischen Ministerium machte, mußten über Triest und Malta gehen; denn außer dieser und der noch weiteren über Konstantinopel stand keine Zutrauen erweckende Verbindung zu Gebote. Und trotzdem wäre der geheime Bericht Hardenbergs durch eine unbegreifliche

1) Pertz, Gneisenau I 432.

Indiscretion in der Times beinahe Gemeingut der Franzosen und Franzosenfreunde geworden, zu einer Periode, in der ein zu frühzeitiges Bekanntwerden die Erhebung gegen Napoleon im Keime ersticken konnte. Wie Münster bemüht war, dem österreichischen Cabinet in seinen Finanznöthen durch englische Subsidien unter die Arme zu greifen, wie er sich anstrengte, durch wirksame Digressionen im Rücken des Feindes auf Oesterreich nicht die ganze Wucht desselben fallen zu lassen, ist bekannt. Ueber Helgoland, damals wegen der massenhaften Anhäufung britischer Waaren, die ein kühner Schleichhandel trotz aller Douaniers an die Küsten des Festlandes zu schaffen verstand, mit dem Namen „klein London" bezeichnet, wurden die Beziehungen zu den welfischen und deutschen Patrioten neu angeknüpft. Hier kreuzten sich Boten und Nachrichten, hier saß damals als ständiger hannöverscher Beobachter der Oberst von Decken, von hier aus unterhielt als englischer Commissär Nicolas eine fortlaufende Verbindung mit Graf Münster. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Schilderhebungen Braunschweigs, Dörnbergs, die Unternehmung gegen Magdeburg in der Voraussicht der Anlehnung an ein britisches Landungsheer in Norddeutschland stattfanden. Eine solche Diversion in der Flanke Napoleons, die gut geleitet überall eine Erhebung der Massen gegen die aufgedrungenen Herrn zur Folge haben mußte, wurde von den österreichischen Diplomaten und Feldherrn in ihrer ganzen Wichtigkeit erkannt und in London eifrig befürwortet. Hier betrieb diese Angelegenheit im Auftrag des Erzherzogs Karl und des Grafen Stadion der Graf Waldstein, in engem Anschluß an Münster. Eine Landung englisch-hannöverscher Truppen an Elbe und Weser, um jene bonapartische Eintagsschöpfung in Kassel über den Haufen zu werfen, die alten Unterthanen in Hannover, Braunschweig und Hessen für ihre Landesherren unter die Waffen zu rufen, das war der Plan des kühnen Dörnberg, Münsters Neffen. Dieser, im englischen Ministerium darin von Canning unterstützt, suchte ganz in diese Pläne eingehend die echt englischen Ideen Castlereaghs zu bekämpfen, welcher der Vater des unglücklichen Unternehmens war, die Abwesenheit Napoleons zu der Vernichtung des neuen französischen Handelsdepots in Antwerpen zu benutzen. Es ist ganz bekannt, wie die totale Unfähigkeit des Anführers die kostbare Expedition zu Grunde

gehen ließ, während die Zeit verstrich, die durch eine gut angebrachte Digression den Schlag hätte verhindern können, der Oesterreich traf. Auch Preußen hatte, geleitet durch die am Hof allzugewichtige Stimme Rußlands und die Intriguen der Franzosenfreunde, dem Verlauf der Dinge ruhig zugesehen. In den Häuptern der Patriotenpartei freilich war der Unwille nahe daran gewesen, alle Bande des Gehorsams zu sprengen. Das Ausbleiben des fest erwarteten, von Blücher mehrfach bereits signalisirten englischen Landungsheeres verurtheilte auch sie zum ingrimmigen Dulden. Einer der besten von diesen Männern, Gneisenau, hatte, bei seiner thatkräftigen Natur nicht im Stande dies ewige Hangen und Bangen zu ertragen, schon vor der Schlacht bei Wagram und dem Waffenstillstand vom 12. Juni den Entschluß gefaßt, den preußischen Dienst zu verlassen, in England für die gute Sache persönlich zu wirken, eventuell Napoleon an der Spitze einer englisch-deutschen Legion zu bekämpfen[1]). Er kam gerade zeitig genug nach England, um das klägliche Scheitern der Schelde-Expedition, das Zerwürfniß zwischen Castlereagh und Canning, das Ausscheiden des Letztern aus dem Ministerium zu erleben; damit fiel jede Hoffnung auf eine englische Landung in Norddeutschland, um so mehr als das von Niemand unterstützte Oesterreich am 14. October mit Napoleon seinen Frieden gemacht hatte. Gneisenau, der trotz des wenig günstigen Eindrucks, den er von der inneren englischen Verwaltung empfing, bei Rußlands unveränderter Haltung nur von Großbritannien her den entscheidenden Anstoß zum Umschwung erwartete, bemühte sich in seinem Sinn auf den Prinzregenten zu wirken. Er kam damit in nähere Berührung zu den welfischen Plänen für Deutschland, von denen nachher die Rede sein wird. Selbstverständlich, daß er dem Grafen Münster, der die Seele aller dieser Bestrebungen war, näher trat. Er gibt ihm das vortheilhafte Zeugniß, über dem Unglück Deutschlands den Haß gegen Preußen vergessen zu haben und in der Erhaltung dieses Staates die Bedingung der Rettung des nördlichen Deutschland zu erblicken. Sofern man nicht sein Hannover antaste, sei er zu Allem

1) Pertz, Gneisenau I 515, 520 ff.

mitzuwirken bereit[1]). Das Zeugniß würde noch werthvoller sein, wenn wir nicht wüßten, wie sehr damals und auch noch später der nach einer rettenden Hand rastlos ausspähende Scharfblick des patriotischen Officiers in jene hannöverschen Ideen eingegangen war. Es blieb für die Folgezeit zwischen ihm und Münster eine enge, vielfach herzliche Verbindung, die von mannigfachen Folgen für das Werk der Befreiung gewesen ist. Zunächst schien nach dem Wiener Frieden dazu weniger Aussicht als jemals. Und doch war es die in Zusammenhang mit demselben zu Stande gebrachte österreichische Heirath Napoleons, welche die erste ernstliche Erkaltung zwischen Frankreich und Rußland herbeiführte. Unverhüllter als bisher verrieth sich Napoleons titanischer Plan, hinweg über das zu Boden geworfene Rußland in Indien dem gehaßten England die Todeswunde zu versetzen. Die Pläne gegen Rußland mußten für Jeden, der Napoleon kannte, Preußens völlige Unterdrückung, die Aufhebung seiner Sonderexistenz nahegerückt erscheinen lassen. Der Patriotenkreis, der hier auch nach Steins Entfernung unermüdet und ungebeugt Preußens innere Kräftigung und Wehrhaftmachung betrieb, sah nur in dieser Rüstung zum Verzweiflungskampf und in der Anlehnung an England die Rettung. Hier war aber zunächst der Rest des Vertrauens zu Preußen gänzlich geschwunden: selbst Baron Gibsone, einer der eifrigsten Patrioten, nebst seinem ihm gleichgesinnten Bruder aus Schottland entstammend, aber längst in Danzig germanisirt, und mit Münster wie Gneisenau, deren Verbindung er vermittelte, befreundet, fand in London „verschlossene Kälte“[2]). Man verwendete alle disponiblen Kräfte auf den ruhmreichen Kampf in Spanien, ohne Neigung im Verein mit den großen Mächten des Continents den Kampf in Deutschland auszufechten. Man hatte genug an der allerdings unangenehmen Erfahrung, daß erstere wohl die englischen Subsidien zu Contributionszahlungen an den siegreichen Feind benutzt hatten. Erst die unzweifelhaft schwere Gefährdung ganz Norddeutschlands, das der Einverleibung in Frankreich entgegenzugehen schien, falls der Kampf mit Rußland zum Ausbruch käme, änderte

1) Pertz, Gneisenau I 571.

2) Pertz, Gneisenau II 16. Vergl. 43.

die Politik des Prinzregenten. Durch den Herzog von Braunschweig und Graf Münster gelangten Anfang Juni 1811 hierüber wichtige Eröffnungen an Gneisenau. Geld, Gewehre und Munition forderte dieser, um die Lücken der Rüstungen ausfüllen und die von ihm befürworteten insurrectionellen Maßregeln ins Werk setzen zu können. Um das Einvernehmen zu fördern, hatte Münster, da diplomatische Beziehungen natürlich nicht bestanden, der schriftliche Verkehr aber sehr unsicher war, den Freiherrn von Ompteda als vertrauten Unterhändler nach Berlin gesandt. Münster ward durch Gneisenau eingeweiht in die Ideen des Kriegs, wie ihn Letzterer gegen den mächtigen Feind sich vorstellte. Jedoch blieb für Ompteda das unentschlossene Schwanken des Königs ein bedenklicher Punkt, um so mehr als man gegenüber dem Drängen Napoleons nach Entwaffnung mit zeitgewinnenden Ausflüchten durchzukommen glaubte. Zwar war Gneisenau noch ziemlich guten Muthes: er plante sogar eine von Colberg aus mit britischer Hülfe zu unternehmende Digression an die Nordseeküste. In der vollkommen richtigen Einsicht, daß die Franzosen nichts mehr scheuten als Volksbewaffnungen, forderte er Münster auf, nach Hannover beim Ausbruch des Kriegs in Person sich zu begeben und dieses Stammland Namens des Prinzregenten zu den Waffen zu rufen. Alles vergebens. Durch nicht mehr ungewöhnliche Künste ward Preußen in das französische Bündniß hineingeschreckt, ein Vorgang, dem nicht ganz einige Wochen später Oesterreich folgte. Für Gneisenau war des Bleibens nicht mehr auf festländischem Boden. Mit ehrenvollem Abschied wandte er sich über Rußland und Schweden nach England, um von da aus durch Unterstützung Münsters und anderer Freunde nach Kräften zu wirken für die ersehnte Befreiung. Eine deutsche Legion im englischen Sold hoffte er gegen die gehaßten Unterdrücker führen zu können. Graf Münster war eifrig dabei, die in Rußland verkümmernde Legion mit britischen Subsidien zu unterhalten, schon um dadurch den Kern eines neuen hannöverschen Heeres zu gewinnen. Andererseits fand er bei Gneisenau Förderung seiner Allianzpläne mit dem Kronprinzen von Schweden. Man suchte damals in England, vorsichtig gemacht durch die ebenso colossalen als vergeblichen Opfer für die großen Coalitionen, die Mittelmächte an sich anzuschließen und glaubte in Bernadotte

den rechten Mann zu einer Digression in Napoleons Rücken gefunden zu haben. Begreiflicherweise war Gneisenaus Vertrauen auf Preußen durch die letzten Vorgänge aufs Tiefste erschüttert. Mit welchen Schwierigkeiten, unter welchen Gefahren hatte er nebst gleichgesinnten Freunden gerungen, diesen Staat zum Widerstand fähig zu machen, und alles das sollte nun dem entgegengesetzten Zweck zu Gute kommen. In diesem Zeitpunkt geschah es, daß er mehr, als man erwarten sollte, in Münsters großwelfische Pläne einging, indem er sich ihrer als Mittel, daß ich so sage, als Lockspeise bediente, um das britische Interesse an den Angelegenheiten des Continents nicht erlöschen zu lassen. Für die englische Regentenfamilie lag die Besorgniß nahe, daß im Fall der Vermählung der einzigen Tochter des dermaligen Prinzregenten mit einem Fürsten aus anderem Haus der welfische Stamm vom britischen Thron ausgeschlossen würde. Daher die schon 1809 bei Gneisenaus Anwesenheit mit Vorliebe gepflegte Idee der Wiederherstellung und Vergrößerung Hannovers. Die englischen Prinzen wie auch Graf Münster hatten diesen Gesichtspunkt fleißig im Auge. Gneisenau unter Voraussetzung der Schonung Preußens und der Billigung der dortigen Regierung nährte diese Hoffnung eines großen norddeutschen Staats zwischen Elbe und Schelde, eines „Nordgermaniens" oder „Austrasiens" [1]). Die Differenz trat bald genug hervor. Gneisenaus Aeußerung gegen den preußischen Staatskanzler, daß nach der ausgesprochenen Meinung der englischen Minister künftighin Preußen und Oesterreich die Leitung in Deutschland übernehmen sollten, veranlaßte Münsters heftigen Widerspruch. Der Prinzregent wie auch er selbst seien entschlossen, daß Hannover sich niemals eine solche Schutzherrschaft gefallen lassen dürfe, welche die regierenden Häuser zu Vasallen und in Kurzem zu Unterthanen herabwürdigen werde. Eine solche Schutzherrschaft, schrieb er an Ompteda, sei wie schon früher so auch jetzt Preußens geheimes Ziel, welches sich jedoch die Kurfürsten von Sachsen, Baiern, Würtemberg, Hessen gewiß nicht gefallen lassen, sondern dagegen mit Frank-

1) Ueber diesen welfischen Staat, s. Pertz, Gneisenau II 439, 469, 472. Vergl. I 569. Hardenberg widersprach entschieden der Idee, a. a. O. II 509. Die angeführten Stellen berichtigen zum Theil die Angaben in Steins Leben III 238.

reichs Hülfe zu den Waffen greifen würden[1]). Der bloße Gedanke also, Preußen in der Leitung der vaterländischen Angelegenheiten einen Vorzug vor dem neuzuerrichtenden welfischen Reich zuzugestehen, erregte des hannöverschen Staatsmannes bittern Groll. Gneisenau irrte sich also, wenn er Münster betreffend zu Dörnberg sagte: Ueber die politischen Plane sind wir ganz einverstanden[2]). Noch mehr tritt diese Differenz der politischen Anschauungen zwischen Münster und Stein hervor. In dem Briefwechsel Beider aus der Zeit vor und während des Befreiungskrieges findet sich die Anschauungsweise Münsters oft auf das Charakteristischste ausgedrückt. Stein hatte sich gestützt auf ältere Bekanntschaft schon 1811 vor seiner Berufung nach Rußland wiederholt an Münster gewandt, unter Anderm auch mit dem Wunsch einer Verwendung bei einer englischen Gesandtschaft nach Ausbruch des französisch-russischen Krieges. Er war seitdem beflissen gewesen, denselben von dem Fortgang der Dinge in Rußland in Kenntniß zu erhalten und gleich Gneisenau von ihm Mitwirkung englischer Schiffe bei den zur Befreiung Deutschlands beabsichtigten Maßregeln zu erwirken. Beide Männer waren jedoch, wenn auch von gleichem Haß gegen den Unterdrücker des Vaterlandes beseelt, doch von sehr verschiedenem Charakter[3]). Steins aufbrausendes rücksichtsloses Wesen mußte mit Münsters zurückhaltender Vornehmheit, seinen in mancher Hinsicht eben so vorurtheilsvollen als hartnäckigen Ueberzeugungen bald in Conflict kommen. Weniger in Bezug auf die Mittel, obwohl auch hier der hannöversche Aristokrat in der von Stein gewünschten Volkserhebung mancherlei Gefahren für die Zukunft erwachsen sah[4]), als in Betreff des Ziels. Darin waren Beide bald einig, daß nur mit dem Sturz Napoleons der Welt die Ruhe zurückgegeben werden könnte, aber die Frage des Neuaufbaus,

1) 1813, April 14., im Auszug bei Pertz, Gneisenau II 506.

2) Pertz, Gneisenau II 497. Ich bemerke noch, daß wir über die Stellung Münsters zu Gneisenaus Verhandlungen mit der englischen Regierung darum offenbar im Einzelnen vielfach erst ungenügend unterrichtet sind, weil Pertz nicht verstattet ward, die Londoner Archive hierüber einzusehen.

3) Worte von Pertz, der Beide kannte, in Steins Leben III S. 40.

4) Arndt, Erinnerungen aus dem äußeren Leben S. 194.

mit einem Wort die deutsche Frage schied ihre Wege. Es ist von mannigfachem Interesse, an den eigenen Herzensergüssen beider Männer den Grad der Differenz sich vor Augen treten zu lassen. Münster hoffte sehr viel von einem schwedischen Feldzug, Stein erklärte das schwedische Wesen für eine Seifenblase[1]); er verlangt vor Allem Uebernahme der zu verstärkenden deutschen Legion in englischen Sold, um mit ihr unter tüchtigen Befehlshabern den Insurrektionskrieg im nordwestlichen Deutschland anzufachen. Die so eingenommenen, augenblicklich herrenlosen Länder sollten einem politischen Verwaltungsrath unterstellt werden, der die Mittel derselben für die gemeinsame Sache ausnützen sollte. Münster verhehlte bei aller Anerkennung der Grundidee seine Bedenken über den „viereinigen Dictator" nicht, wenn auch ihrer beider Köpfe unter einen Hut passen würden; er will jedoch nicht schwören, daß Stein den Preußen und er den Hannoveraner ganz würden ablegen können[2]). Hier zeigt sich schon der Keim des Zwiespaltes zwischen dem unabhängigen Patrioten und dem welfischen Minister. Bald schieden sich die Stimmungen noch unversöhnlicher. Stein hatte sich in einer für den russischen Kaiser bestimmten und dann auch Münster übersandten Denkschrift vom 17. November 1812 über die Grundsätze ausgesprochen, die er beim Vorrücken des russischen Heeres Deutschland und insbesondere dessen Fürsten gegenüber beobachtet haben wollte. Statt von einer an die Höfe zu erlassenden Einladung zum Anschluß zu reden, sollte wenigstens theilweise das Eroberungsrecht geltend gemacht werden und zwar gegen widersetzliche, unterwürfige oder auch von Napoleon vertriebene Fürsten in gleicher Weise. Es war Steins Ueberzeugung, der er auch in einem Brief an Münster Ausdruck verlieh, daß nur die Einheit und, wenn diese nicht möglich, ein Auskunftsmittel, ein Uebergang Deutschland retten könne. Er weist es zurück, daß Münster in ihm den

1) Auch Münster hat sich später davon überzeugt. Als es sich im Frühjahr 1815 um erneute Rüstungen gegen Napoleon handelte, schrieb er an den Prinzregenten von England: J'espère pour le bien de l'Allemagne que la Suède ne sera point invitée de se joindre à nous. S. seine Depeschen S. 233.

2) 1812, November 3, Steins Leben III 188.

Preußen vermuthe, er habe nur ein Vaterland, das heiße Deutschland, nur ihm und nicht einem Theil desselben sei er von Herzen ergeben. „Mir sind die Dynastien, fährt er fort, in diesem Augenblicke großer Entwickelung vollkommen gleichgültig, es sind blos Werkzeuge". Sein Wunsch sei, daß Deutschland groß und stark werde, um seine Selbstständigkeit, Unabhängigkeit und Nationalität wieder zu erlangen und zu behaupten[1]). Es war das geschrieben nach der Vernichtung der französischen Armee, mitten unter rastloser Thätigkeit und wechselnder Hoffnung. Gegen ihn erhob sich nun Münster als Vertreter neuer systematischer Staatskunst und legitimer Principien. In einem Schreiben vom 4. Januar 1813 tadelt er in dem Bewußtsein, zugleich ein echter Hannoveraner und ein echter Deutscher sein zu können, die schroffe Art, mit der Stein über die deutschen Fürsten sowie über Bernadotte sich ausspräche. Er wünscht die Reichsverfassung als noch existirend anzunehmen und ihre Mängel zu verbessern — charakteristisch für die kurbraunschweigische Auffassung, welche die rechtliche Verbindlichkeit einer Auflösung des Reichs durch die seitens Franz II erfolgte Niederlegung der Kaiserkrone nicht anerkannte — er warnt energisch vor Constitutionsmacherei. Er sieht bei Steins „Umwälzungsvorschlägen" die Gefahr eintreten, Alles zu verlieren. Ihm, fährt er fort, seien die Dynastien nicht gleich. Es folgt eine Declamation, in der der „Ruhm der Guelphen" und die Freiheit Englands unter den Georgen neben den preußischen Prügel und Ladestock gestellt, Friedrich der Große als Herbeiführer des Ruins Deutschlands gescholten und endlich mit der an Münster gerichteten Frage des Regenten geschlossen wird: wenn Stein die Dynastien gleichgültig sind, warum nennt er nicht uns statt Preußens? Nach weiteren Angriffen auf Friedrich Wilhelm III und die „Regierungssucht des Preußischen Systems" heißt es dann: „Preußens Macht lebt nur noch in der Erinnerung. Sie mag zwischen der Weichsel und Elbe als Macht zweiter oder dritter Größe aufstehn. Warum sollte Rußland nicht die Weichsel als Lohn seiner Thaten erhalten? warum sollte Preußen in früheren Friedensschlüssen abgetretene Be-

1) Steins Leben III 226; die Denkschrift S. 204.

sitzungen zurückerhalten, um den Kreis seiner Vexationen auszudehnen und um mit Frankreich zu intriguiren? Bedenken Ew. Excellenz dagegen was ich über die Bildung eines großen Staats zwischen der Elbe und dem Rhein aus herrenlosen Gebieten gesagt habe“ [1]). Es folgt nun noch eine Verherrlichung der kleinen Höfe, die als Centralpunkte der Wissenschaft, Cultur und des Wohlstandes gepriesen werden, und zum Schluß die nochmalige Erklärung gegen eine Vereinigung Deutschlands unter einem oder zwei Herren [2]). Man kann kaum erstaunt genug sein über die Begriffsverwirrung, mit der ein Politiker, der so eben erst die Anwendung des Eroberungsrechts auf Deutschland so energisch bestritten, der bald nachher wieder empört über den Aufruf von Kalisch das suaviter in modo gegenüber Deutschlands Fürsten beobachtet wissen will, der, wie wir sehen werden, sich später der Aneignung des eroberten Sachsens durch Preußen mit aller Kraft widersetzte, daß ein solcher Mann, ehe die Tinte trocken geworden, mit der er sein Verdammungsurtheil über „Umwälzungsvorschläge“ niedergeschrieben, selbst in der Begeisterung für sein Steckenpferd sich an den rechtmäßigen altpreußischen Gebieten zwischen Elbe und Rhein vergreifen will. Ja noch mehr, er will auch den Russen ein deutsches Kernland ohne Weiteres zukommen lassen. Mag der Groll über die unsäglich schwachmüthige Politik des Berliner Hofs im letzten Jahr auch noch so gerechtfertigt erscheinen, aus Münsters Worten vermag ich nur den bittersten Haß gegen den preußischen Staat verbunden mit einer sich selbst überhebenden Verachtung desselben herauszulesen. Es handelte sich also in diesem für Deutschland so unendlich wichtigen Augenblick für den hannöverschen Staatsmann vor Allem um die Gründung seines Welfenreichs, damit, wie er in einem Postscriptum seines Briefs ausdrücklich sagt, das braunschweigische Haus nicht trotz seiner Verdienste um

1) Die betreffende Stelle fehlt in dem bei Hormayr Lebensbilder II 227 (in der zweiten Auflage II 257) abgedruckten Brief. Ich gebe sie nach dem vollständigen Abdruck bei Pertz Leben Steins III 242. Der gerügte Mangel ist ein neuer Beleg für die Unzuverlässigkeit der Hormayrschen Publikationen.

2) Stein hatte sich früher für ein zwischen Oesterreich und Preußen getheiltes Protectorat ausgesprochen, übereinstimmend mit Gentz Ansicht im Herbst 1806.

die Sache Europas bei dem voraussichtlichen Uebergang der englischen Krone in andere Hände, Alles verliere[1]). Nicht allein in seiner deutschen, auch in der allgemeinen Politik verlor er auch jetzt keinen Augenblick dieses Ziel aus dem Auge. So sehr er für das Bündniß mit Schweden geschäftig war und demselben zur Entschädigung für Finnland seitens Englands die Garantie Norwegens zu verschaffen suchte, so sehr sträubte er sich gegen eine anderweitig angeregte Allianz mit Dänemark, gegen das er das Eroberungsrecht gelten lassen wollte, weil die Entschädigung desselben für das abzutretende Norwegen in den Gebieten Deutschlands hätte gesucht werden müssen, die Münster für sein Welfenreich bestimmt hatte. Die freundlichen Gesinnungen Münsters in Betreff Preußens wurden vereitelt durch Yorks kühnen Entschluß und die ungeahnt machtvolle Erhebung des preußischen Volks und Staats aus tiefem Fall. Doch vermochte vorerst der so lange im Stillen geschürte und nun endlich zum Ausbruch gelangende Unabhängigkeitskampf Deutschlands gegen seine Bedränger keineswegs aus Münsters Innerem den „echten Hannoveraner" zurückzudrängen. Statt des sittlichen Zorns, des hohen patriotischen Schwungs, der Stein und Gneisenau bewegte, trägt unser Staatsmann sich unablässig mit seinen hannöverschen Vergrößerungsplänen. Obendrein saß er in England, wohin Nachrichten über die gemachten Fortschritte nur spärlich und spät gelangten, da fast alle deutschen See- und Handelsstädte in des Feindes Gewalt waren. Er beklagt sich selbst, aus den französischen Bulletins das Wahre herausspeculiren zu müssen. Diese Entfernung von dem Ort der Handlung erklärt Manches in seinen den Thatsachen gegenüber merkwürdig zurückgebliebenen Ansichten. Trotz Steins und Gneisenaus wiederholter Mahnung, trotz der Erklärung seiner Bereitwilligkeit, im Fall er nützen könne, in Deutschland zu erscheinen[2]), blieb er bis in die Wintermonate hinein in England. Zweifelsohne, wenn auch der Geschäftsgang dieser Unterhandlungen heute noch

1) Die Idee, die Schelde als Grenze zu gewinnen, mußte, wenn wirklich ernsthaft gehegt, aufgegeben werden wegen der Wünsche des englischen Ministeriums für Begründung eines starken niederländischen Königreichs.

2) Steins Leben III 362 u. 392. Gneisenaus Leben II 551.

nicht offen vor Augen liegt, war er es, der unmittelbar, seitdem der Krieg Deutschlands Grenzen sich nahte, von London aus für Hannover auf Ostfriesland und Hildesheim „visirt" hat. Durch ihn als den hannöverschen Minister bei der Person des Königs müssen die Negotiationen eingefädelt sein, die durch Lord Charles Stuart, den Bruder Castlereaghs, mit Preußen über ein Bündniß nebst Subsidien, sowie über die preußischerseits zu gewährenden Landabtretungen geführt wurden. Letzterer erklärte sich noch während des Waffenstillstands im Juni für nicht instruirt zum Abschluß des Subsidien- und Allianzvertrags, feilschte aber, trotzdem „die Briten noch keinen Mann und keinen Schilling zum Krieg gestellt"[1]), um preußische Lande wie Hildesheim, Goslar, Minden, Ravensburg zur Abrundung des projectirten Welfenreichs. Stein wußte wohl, was er that, als er am 19. Mai an Münsters Adresse den Vorwurf richtete, daß man sich, während das Schicksal von Deutschland und der Welt auf dem Spiele stehe, um Minden und Ravensberg zanke, damit die hannöverschen Minister von Hannover nach Osnabrück nur auf classischem guelfischem Boden reisen könnten[2]). Die britisch-hannöversche Politik setzte bekanntlich ihren Willen durch. Hardenberg gestand im Vertrag zu Reichenbach (14. Juni) die Vergrößerung Hannovers um 250—300,000 Seelen einschließlich Hildesheim zu. Preußen erhielt auch jetzt so wenig wie seitens Rußlands zu Kalisch positive Zusagen betreffend seine eigene Reconstruction. Es war ihm, ganz ähnlich der Bestimmung zu Kalisch, nur Wiederherstellung in denselben statistischen und geographischen Verhältnissen zugesichert, die es vor dem Krieg von 1806 gehabt. Ein wesentlicher Unterschied war nur der, daß man hier vertragsmäßig rechtmäßige Besitzungen einem Anderen abtrat, ohne sich eine bestimmte Entschädigung unter derselben Form auszubedingen. Daß, wie noch Häusser (IV 224) angenommen, damals schon geheime Verpflichtungen betreffend die Abtretung Ostfrieslands wenigstens von Seiten Hardenbergs übernommen worden, scheint nicht richtig zu sein. Erst im März 1815 erklärte Münster den geeigneten Moment für eingetreten, de presser la

1) L. Häusser, Deutsche Geschichte IV 222.

2) Steins Leben III 357.

cession de la Frise orientale et de Lingen[1]). Ich will hier hervorheben, daß er selbst es in hervorragendster Weise war, der die Erwerbung Ostfrieslands betrieb, weil er die Nachbarschaft Hollands einer Flankirung durch preußische Gebiete weit vorzog. Er wußte dem Prinzregenten die zur Gewinnung Ostfrieslands nothwendige Abtretung des Herzogthums Lauenburg abzudringen[2]). Auf der andereu Seite aber suchte er den von Stein ihm gemachten Vorwurf von sich abzuwälzen. „Wie gerne hätte ich den Bären erlegt gesehen, ehe man über die Theilung seiner Haut gestritten. Ist es unsere Schuld, wenn man dort (in Preußen) damit anfängt sich Alles beizulegen, was im nördlichen Deutschland durch Eroberung oder Negociation zu erhalten sein wird, avec la seule exception etc." (Formulirung der preußischen Entschädigung in dem Vertrage von Kalisch; als nicht zur Entschädigungsmasse gehörig ist daselbst Hannover bezeichnet.) „Ist es da nicht Zeit, wenn man 7 Millionen Livres Sterling, eine Colonie, ungeheure Waffenrüstungen 2c. hergibt, einige unentbehrliche Arrondissements für unsere künftige Ruhe zu fordern, die uns auch Alle ohne Ausnahme bis auf Preußen gern zugestehen würden 2c." Stein fand es denn auch für angemessen, seine Ausbrüche von Reizbarkeit und Ungeduld zu entschuldigen. Beider Verhältniß blieb zunächst ein freundschaftliches. Stein wünschte dringend Münsters Auftreten in Deutschland, damit derselbe den ganz umgewandelten Geist seiner Bewohner kennen lerne und bei Unterhandlungen durch sein Eingreifen die Partei der Vaterlandsfreunde stärke und hebe. Münster seinerseits entzog sich nicht dem gewaltigen Eindruck des erhebenden Schauspiels, welches in jenem Jahre die mit aufopferndem Heldenmuth ihre Unabhängigkeit erkämpfende deutsche Nation

---

1) S. seine Depeschen vom Wiener Congreß S. 228.

2) Depeschen S. 208, 227 u. 234. Lauenburg sollte Dänemark erhalten und dafür das von Schweden, in Entschädigung Norwegens, zu bekommende Vorpommern an Preußen abtreten. Hannover hatte nichts eingebüßt, also auf Vergrößerung keinen Anspruch. Münster hielt eine solche aber auch aus folgendem Grunde für nothwendig: lorsque toutes les dimensions des états de l'Allemagne s'élargiront, nous deviendront relativement plus petits, si nous restons renfermés dans nos limites.

darbot. Die deutsche Gesinnung, eine anerkennendere Beurtheilung auch Preußens tritt unverkennbar hervor. Er freut sich, daß Letzteres die frühere Schmach so schön ausgelöscht, er zittert, daß Napoleon zur Besinnung gekommen sei und den faulen Frieden, den die österreichische Politik ihm entgegengetragen hatte, angenommen haben könnte. Eifrig betreibt er die Beschaffung der seitens Englands zu gewährenden Geldmittel. Zürnend über die Schmach, daß deutsche Könige und Fürsten sklavisch dem französischen Imperator die befohlenen Contingente stellten, statt ihre Waffen mit den Verbündeten zu vereinen, richtet er an Stein die Worte: „Ich will gewiß der Fürsten nicht schonen, die wie Sachsen sich betragen. Er verdient geächtet, nicht geachtet zu werden. So der Baier und Würtemberger Zaunkönig, wenn sie nicht bald herumkommen“ [1]).

Der Grundgedanke des großen Kriegs, wie ihn die Proclamation von Kalisch festgestellt, war schon bei Seite geschoben worden, seit es sich unumgänglich gezeigt hatte, Oesterreich für die Coalition zu gewinnen. Für einen Nationalkrieg zur Wiedererlangung der Freiheit und Unabhängigkeit, zur Wiedergeburt Deutschlands aus dem ureignen Geist des Volks war in Metternichs System kein Raum. Nur die wundervolle, im Stillen längst vorbereitete Eintracht der Höfe sollte nach Gentz' späterem Wort das Werk der Befreiung vollbracht haben. Mit einer solchen Politik waren natürlich in keiner Weise Maßregeln vereinbar, wie sie Stein gegen die deutschen Fürsten hatte anwenden wollen. Die Aussichten für eine wahrhafte Verfassung Deutschlands mußten unter diesen Umständen rasch sinken. Ein sehr ausgezeichnetes System von Verträgen und Allianzen, welches die einzelnen Fürsten verbinde, schien Metternich vollständig genügend. Der erste officielle Sieg dieser Politik war der Teplitzer Vertrag (9. September), der die drei Ostmächte enger verknüpfen sollte. Hier ward ausdrücklich die völlige und unbedingte Unabhängigkeit der deutschen Gebiete stipulirt. Damit war eigentlich eine politische Gesammtverfassung für Deutschland beinahe schon unmöglich gemacht. Als unmittelbare Frucht dieser Politik ist dann der Rieder Vertrag

1) Am 1. September, Steins Leben III 399. Vergl. über Sachsen Steins Aeußerung S. 362.

vom 8. Oktober anzusehen, der Baiern, neben der vollständigsten Entschädigung für etwaige Verluste, nach Auflösung des Rheinbundes die völlige und absolute Unabhängigkeit von jedem fremden Einfluß und die vollste Souveränetät gewährte. Aehnliche Bedingungen erhielt bekanntlich noch nach der Schlacht bei Leipzig Würtemberg, nur daß seine Souveränetät eingeschränkt sein sollte „durch die Garantie der politischen Beziehungen, die die Folge der im künftigen Frieden zu treffenden Anordnungen zur Wiederherstellung und Sicherung der Unabhängigkeit und Freiheit Deutschlands sein müßten“ [1]).

Wie Graf Münster über die Kalischer Proclamation dachte, ist oben gesagt worden. Er fand auch jetzt noch, daß die ungenügende Betheiligung der befreiten Gebiete am Kampf in dem Mangel bestimmter Erklärungen über das künftige Schicksal Deutschlands ihren Grund habe. „Die Fürsten sind anfangs durch manche Aeußerungen abgeschreckt worden, und diese Fürsten halten ihre Unterthanen zurück sich als Deutsche zu zeigen“ [2]). Aber andererseits war der Geist, in dem, Dank der Metternichschen Politik und der nachgiebigen Schwäche der preußischen Staatsmänner, die deutschen Angelegenheiten betrieben wurden, durchaus nicht nach seinem Sinn. Wenn einer von den damaligen Staatsmännern, so wünschte er bei der Neugestaltung Deutschlands möglichste Annäherung an die alte Reichsverfassung, die nach hannöverscher Fiction rechtlich gar nicht aufgehoben war. Wie er sich diesen Zustand dachte, welche Stützen er dem Kaiserthum anstatt der geistlichen Staaten unterschieben wollte, davon muß später die Rede sein. Die unbedingte Souveränetät der einzelnen Fürsten war damit natürlich nicht vereinbar. Er tadelt das Wiener Cabinet, das durch das Versprechen derselben die Fürsten zu gewinnen glaube, er tadelt letztere selbst [3]). „Kann es einen ver-

1) Neumann, Recueil des traités etc. II p. 383. 389. Unter ebenso allgemeinen Zusagen wurden dann Darmstadt, Nassau, Baden zur Coalition zugelassen. Vergl. S. 393 ff.

2) An Stein, am 8. October 1813, Steins Leben III 419. Dieselbe Ansicht entwickelt er in einem Brief vom 13. December an Gagern; s. Gagern, Mein Antheil an der Politik II 44.

3) In dem oben citirten Schreiben an Stein, welches am Tag des Abschlusses des Rieder Vertrags abgefaßt ist.

nünftigen Fürsten geben, der nicht die limitirten Hoheitsrechte der Teutschen Conföderation dem nichtigen Titel einer unter Bonapartes Tyrannei stehenden sogenannten Souveränetät vorziehe? Das Schicksal der Teutschen würde höchst zu beklagen sein, wenn sie künftig dem Willen kleiner Despoten unterworfen sein sollten . . . . . Ich habe das Glück unter einem Herrn zu stehen, der selbst diese Art der Souveränetät nicht will: sollte sie für das arme Teutschland beliebt werden, so wäre ich bereit, mich auf die Seite der Revolutionairs zu schlagen." Unterrichtet von dem Abschluß mit den Rheinbundstaaten schreibt er an Bord der Fregatte Pactolus, die ihn an die deutschen Gestade tragen sollte, an seinen Freund Gagern: „Die Traktaten, welche völlige Souveränetäten in Deutschland nicht sowohl bestätigen als neu schaffen, sind für Deutschlands Vereinigung in unserem Sinn und noch mehr für die Freiheit der Nation höchst schädlich". Doch weiß auch er keinen Rath, wie dem Uebelstande abzuhelfen sei. Er wünscht, daß Stein seinen Einfluß auf den Kaiser Alexander benutze, damit derselbe vereint mit Preußen auf Stadion und durch diesen auf Kaiser Franz einwirke. Er erklärt unumwunden, daß er sich Bündnisse unter den Einzelstaaten denken könne, die auch ohne Oberhaupt Consistenz gewännen. Aber „bei dergleichen Vereinigungen würden die Fürsten allein die contrahirenden Theile sein und die Unterthanen bloße Sklaven werden".

Ende December war Münster in Hannover eingetroffen, nachdem ihm verschiedene Proclamationen des Prinzregenten und des Geheimen Raths vorausgegangen, die das Land zu den Waffen riefen. Es ist fast, als ob nach der gehobenen Stimmung, von der wir Zeuge geworden sind, die Berührung mit dem mütterlichen Boden sofort wieder jenen zähen Particularismus in ihm gestärkt hätte. Zunächst hielt er sich nicht lange bei der Neuordnung der hannöverschen Verhältnisse auf. Ein Befehl des Prinzregenten sandte ihn ins Hauptquartier der Verbündeten, wo seine Anwesenheit erforderlich war. Münster hatte von Anfang an zur Kriegspartei gehört, er verschmähte den faulen Frieden, der herrliche deutsche Lande bei Frankreich gelassen hätte. Schon im September hatte er sich verwundert über die „Hydrophobie" ausgesprochen, welche Manchen beim Gedanken einer Ueberschreitung des Rheins ergreife. „Sollen unsere

Teutschen Brüder jenseits stets Franzosen bleiben?" rief er aus. Im Hauptquartier gehörte er zu den energischen Vertretern der Ansicht, daß Friede nur in Paris und nach dem Sturz Napoleons zu hoffen sei, im Gegensatz zu seinem englischen Collegen Lord Castlereagh, der sich sehr bald in die Schlangenwindungen der Metternichschen Politik hatte verstricken lassen. Aber so sehr er auch von England aus gegen die Souveränetätssucht der Kleineren gedonnert, so wenig war er geneigt, eine etwaige Beeinflussung seines lieben Hannovers zuzulassen. Es kam darüber fast wieder zum Conflict mit Stein, der durch die unter der Centralcommission stehenden Commissarien für die Bewaffnung Einrichtungen zur Bildung des Landsturms in den befreiten Gebieten hatte treffen lassen, welche die fürstlichen Localautoritäten gänzlich ignorirten. Es war das geschehen, um dem hier und da z. B. in Würtemberg fast unverhüllt hervortretenden Hang, sich eingegangenen Verpflichtungen zu entziehen, einen Damm entgegenzustellen. Münster sprach sich ganz entschieden gegen diese Maßregel aus, die doch, wie die Dinge lagen, allein die Kräfte der befreiten Länder der gemeinsamen Sache nutzbar machen konnte [1]). Der Absonderungstrieb, der sich hierin wieder zeigt, war nicht gerade vielversprechend für die Gründung eines starken Deutschlands.

Der Krieg ging inzwischen seinen Gang. Allen Hindernissen zum Trotz, die hauptsächlich in der Uneinigkeit der Verbündeten ihren Grund hatten, ward das Ziel erreicht. Napoleon mußte seine Abdankung unterschreiben, die Verträge zu Paris gaben der Welt den Frieden zurück. So war es Münster vergönnt, die verdiente Frucht jahrelanger Anstrengungen zu schauen, eine Gunst des Geschicks, die seinem edlen Landsmann Scharnhorst versagt geblieben. Der Friede von Paris vom 30. Mai 1814 gab Oesterreich seine territoriale Wiederherstellung, er gab England, was es begehrte; die Ordnung der deutschen Verhältnisse ward auf einen binnen zwei Monaten zusammentretenden Congreß verschoben. Ueber die deutsche Verfassung, deren Gestalt noch während des Kriegs Gegenstand von Erörterungen von Cabinet zu Cabinet gewesen war, ward nun bestimmt, daß die deutschen Staaten unabhängig und durch ein föde-

1) Steins Leben III 726.

ratives Band vereinigt sein sollten. Die organische Vervollständigung dieser Bestimmung war gleichfalls dem Congreß anheimgegeben.

Nach Vollendung des Friedensvertrags, für dessen Zustandekommen Münster in fünf Comites als Vertreter Großbritanniens thätig gewesen, rief ihn der Prinzregent zu sich nach England. Bis zum September weilte er hier, bestimmt als erster hannöverscher Bevollmächtigter an dem in Wien zu eröffnenden Congreß theilzunehmen. Gewissermaßen als sein Programm kann man die Worte ansehen, welche er am 10. August von London aus an den Freiherrn von Gagern richtete, dem er seine Freude aussprach, gemeinschaftlich mit ihm „an dem großen Werk der Wiedervereinigung Deutschlands zu einem einigermaßen zusammenhängenden Ganzen" arbeiten zu können. Dann heißt es: Die Aufgabe ist sehr schwer, theils wegen des hier und da obwaltenden Souveränetätsschwindels und der Furcht, die kleine Herren haben, ihre Unterthanen künftig nicht ganz willkürlich behandeln zu können, — eben so sehr aber wegen der großen Schwierigkeiten, die in der Natur der Sache selbst liegen, ein gesellschaftliches Band mit so großen Mächten wie Oesterreich und Preußen sind, einzugehen, welches nicht zu einer societas leonina ausarte. Wir müssen keine Rechte aufopfern, nur um diesen zwei Monarchien unterthänig zu werden oder um ein getheiltes Protectorat in Deutschland zu bilden" [1]).

Im September reiste Münster über Paris nach Wien, beehrt mit dem uneingeschränktesten Vertrauen des Prinzregenten, der, wie Hormayr erzählt, die Ertheilung einer Instruction mit den Worten abgelehnt haben soll: Nein, Sie kennen meine Gesinnungen, Sie werden stets thun, was Recht ist. Wie Münster diese Vollmacht verstand, beweist unter Anderem die durch ihn ohne Wissen seines Herrn bewirkte Erhebung Hannovers zum Königreich: ein Geschenk freilich, dessen übele Wirkung auf das Land Stein schon im Jahr 1826 vorhersagte [2]). Wie wir sehen werden, war, wenn in irgend einer Periode seines Lebens, sein Gebahren auf dem Wiener Congreß

1) Gagern, Mein Antheil II 46.

2) Steins Leben VI 253.

das eines „echten Hannoveraners"; der alte Groll gegen Preußen, zeitweise zurückgetreten, brach bei erster Gelegenheit mit verdoppelter Gewalt wieder hervor. Schon unterwegs soll er es sich in Stuttgart nicht haben versagen können, dem König Friedrich zu erklären, Frankreich werde nie zugeben, daß Preußen Mainz und Luxemburg erhalte [1]).

Selbstverständlich will ich hier keine Geschichte des Wiener Congresses schreiben. Ich werde mich ganz streng an Münsters Thätigkeit halten und nur das des Zusammenhangs wegen unumgänglich Nothwendige beifügen. Ich komme zu diesem Behuf zunächst zurück auf die Hauptquelle, die Depeschen unseres Grafen an den Prinzregenten von England. Dieselben sind nur ein Theil des reichen handschriftlichen Materials zur Zeitgeschichte, welches nach Hormayrs Angabe (Lebensbilder III 650), aus Münsters Nachlaß vorhanden sein muß. Wir dürfen im Interesse der Geschichtsforschung vielleicht hoffen, daß, nachdem einmal die Bahn gebrochen, andere gleich willkommene Gaben nachfolgen werden. Was die Depeschen vom Wiener Congreß selbst betrifft, so sind uns dieselben leider nicht vollzählig vorgelegt worden. Ich weiß nicht, ob die im Vorwort enthaltene Bemerkung des Herausgebers, daß das Durchblättern der Depeschen des Grafen Münster ihm den Wunsch gegeben hätte, einen Theil derselben der Oeffentlichkeit zu übergeben, so zu verstehen ist, als ob er nur eine Auswahl der Depeschen Münsters vom Wiener Congreß habe veröffentlichen wollen. Vielmehr scheint der Sohn hier von den vorhandenen Depeschen seines Vaters im Allgemeinen zu reden, also von den aus Langres, Chaumont, Paris und Wien 1814 und von den aus Karlsbad 1819 u. s. w. Der Druck selbst beruht offenbar nicht auf den an den Prinzregenten gerichteten Originaldepeschen, sondern auf den Concepten oder Copien derselben. Die sich aufdrängende Ueberzeugung, daß Lücken vorhanden sind, führt auf die Vermuthung, daß wohl noch von dem älteren Münster für eine Copie derjenigen Depeschen über den Congreß, die er für seine

1) Schreiben Phulls an Stein am 12. Sept. 1814, Steins Leben IV 107. Jedoch von Münster in einem undatirten Billet an Stein in Abrede gestellt. Ebendas. 668.

Familie oder etwa für eine spätere Publication geeignet hielt, gesorgt worden ist. Als Versehen des Abschreibers erklären sich wohl auch am besten die nicht seltenen, mehrfach sinnstörenden Fehler des Textes [1]).

Was die behauptete Unvollständigkeit anlangt, so ist auffallend, daß nach der ersten Depesche vom 17. und 19. September ein weiterer Bericht bis zum 27. November auf sich warten läßt. Nun ergibt sich allerdings aus Gagerns Aufzeichnungen [2]), daß die auch sonst erwähnte, in Folge eines Sturzes aus dem Wagen eingetretene Erkrankung des Grafen in diese Zwischenzeit fällt. Auch hat es wohl zur Dämpfung seines berichterstatterischen Eifers beigetragen, daß er um Mitte November in Wien seine Vermählung mit Wilhelmine Gräfin zu Schaumburg-Lippe beging [3]). Dennoch sind die Anfangsworte der Depesche vom 27. November: Si je n'ai que rarement parlé en detail sur les affaires générales du congrès etc. für das Fehlen von Depeschen beweisend, da der einzige vorhergehende, sehr kurze Bericht, der nur Persönliches berührt, gar nicht von den affaires générales handelt, unter denen, wie sich sofort aus dem Folgenden ergibt, die polnische und die sächsische Frage verstanden werden. Dazu kommt noch, daß bei Abfassung der ersten Depesche der Congreß noch gar nicht constituirt war, also von seinen affaires générales nicht hatte die Rede sein können. Der Anfang der Depesche vom 17. December (S. 193) erwähnt einer, wenn auch kurzen Benachrichtigung an den Prinzregenten vom 7. December,

1) So steht S. 187 Z. 9 v. u. russes statt prussiennes, S. 220 Z. 5 v. u. contre statt entre, S. 232 Z. 14 v. u. de la Bensadure statt de la Besnardière; S. 270 Z. 13 v. u. ist les nations ganz sinnlos, etwa statt les matériaux u. s. w. Außerdem finden wir häufige Vertauschungen von Buchstaben und sinnstörende Interpunctionsfehler. S. 223 Z. 1 v. o. lies 3,180215 statt 3,080215. Vgl. Klüber Akten des Wiener Congresses VII 80. S. 289 Z. 8 v. o. lies Comte H. statt Chancelier H.; S. 283 Z. 9 v. o. lies ne seraient pas, telle statt ne seraient, pas telle u. s. w.

2) Mein Antheil II 65.

3) Stein (Leben IV 158) schreibt am 11. Nov. von seiner bevorstehenden Heirath und am 16. von seiner Befriedigung in seinen neuen Verhältnissen. Hormayr Lebensbilder I 107 gibt daher fälschlich den 7. Novbr. als Hochzeitstag an.

welche nicht vorliegt. Keine Depesche ist sodann vorhanden aus der Zeit vom 29. December 1814 bis zum 21. Januar 1815. Es ist das höchst auffällig, da man gerade aus diesen Depeschen Aufschluß erhoffen mußte über die Stellung, welche Münster zu dem von seinem Collegen Castlereagh mit Frankreich und Oesterreich am 3. Januar 1815 abgeschlossenen geheimen Vertrag eingenommen hat. Da es gewiß ist, daß Hannover demselben dann beigetreten ist, ist das Fehlen eines Meinungsaustausches zwischen dem Prinzregenten und seinem Minister höchst befremdlich. Die nächste Depesche ist dann wieder erst vom 11. März 1815, in welcher ausdrücklich (S. 226 und 227) zweier Depeschen vom 14. Februar und vom 5. März Erwähnung gethan wird, die in unserer Collection nicht vorliegen. In ihnen werden die in dieser Zeit über Sachsen getroffenen Arrangements beleuchtet worden sein. Am 22. April wird eine nicht vorhandene Depesche vom 15. erwähnt. Das Gesagte wird zum Beweis meiner Behauptung genügen; sonst ließe sich die Zahl ähnlicher Fälle leicht noch vermehren.

Wenn wir daher auch über verschiedene wichtige Fragen vergeblich in den vorliegenden Berichten erwünschte Aufklärung suchen, so ist ihre Bedeutung doch keineswegs zu unterschätzen. Sie gewähren zum ersten Mal im Verein mit anderen minder reichlich fließenden Quellen die Möglichkeit, Graf Münsters staatsmännische Thätigkeit in einer entscheidenden Epoche eingehend zu prüfen und zu beurtheilen. Indem ich minder Wichtiges, aus Rücksicht für den verstatteten Raum, übergehe, werde ich sein Verhalten gegenüber zwei Hauptfragen des Congresses darlegen, ich meine seine Parteistellung zu der sog. *sächsischen Frage* und sodann seine Thätigkeit in Betreff der zu schaffenden *deutschen Verfassung*.

Preußen sollte bekanntlich nach dem Kalischer Vertrag in denselben finanziellen, statistischen und geographischen Verhältnissen wiederhergestellt werden, die es vor dem Krieg von 1806 besessen. Zu seiner Entschädigung sollten alle in Norddeutschland etwa zu besetzenden Gebiete angewendet werden, die Besitzungen des Hauses Hannover ausgenommen. Zuerst hat wohl der Kaiser Alexander selbst die Einverleibung Sachsens zu diesem Behuf ins Auge ge-

faßt [1]). Auch der Leiter der preußischen Politik, Hardenberg, hat sich bald an den Gedanken gewöhnt, in Sachsen eine passende Vergrößerung zu suchen. Die bisher meist nicht beachtete Ursache, derentwegen Hardenberg die im Namen Blüchers an das sächsische Volk erlassene Proclamation gerügt hat, ist die, daß Gneisenau, der für seinen Feldherrn die Feder geführt, darin erklärt hatte, die Provinzen des Landes nur für den der Freiheit des Entschlusses beraubten Landesherrn in Verwahrung nehmen zu wollen. Hardenberg wollte gleich dem russischen Kaiser von einer Wiederherstellung König Friedrich Augusts nichts wissen, während dagegen jene getadelten Worte ganz nach dem Sinne des Königs von Preußen gewesen waren [2]). Ich will hier nicht wiederholen, wie Hardenberg, wie schon zu Kalisch, auch zu Reichenbach und bei allen späteren Gelegenheiten bis zum Frieden von Paris herab die sehr schwer zu entschuldigende Versäumniß auf sich geladen hat, bindende Zusagen über bestimmte Entschädigungsobjekte nicht zu erwirken [3]); wie die britische Zähigkeit über seine Leichtfertigkeit gerade in diesem Punkt triumphirte, haben wir schon gesehen. Hardenberg verzichtete auf preußische Gebiete, ließ es sogar zu, daß Preußen dem neuen Welfenreich und dem englischen Handel zu Liebe von der Nordsee verdrängt ward, ohne bestimmt zu wissen, wo die Entschädigung für solche Opfer zu holen sei. Da, wie gesagt, auch in Paris die günstige Gelegenheit unverantwortlicher Weise versäumt worden war, begannen die Verhandlungen der in Wien versammelten Congreßgesandten, ehe über Preußens territoriale Herstellung ein Abkommen getroffen war. Es war das ein Umstand, der für die Begründung einer deutschen Verfassung geradezu verhängnißvoll geworden ist. Für Preußen selbst schien um diese Zeit noch nichts verspielt zu sein. Der Kaiser von Rußland hielt sich mit Recht für verpflichtet, dem treuen Verbündeten

1) Er hat es schon vor dem Kalischer Vertrag im Februar 1813 Knesebeck gegenüber angeboten. Steins Leben III S. 301.

2) Gneisenaus Leben II 552 u. 556, vergl. S. 532, Schreiben vom 5. und 10. April.

3) Dies die Ansicht von Pertz und Häusser. Arndt theilt bekanntlich wiederholt die Schuld der Entschlußlosigkeit des Königs zu.

die versprochene Entschädigung zu verschaffen, wenn auch bei den preußischen Staatsmännern Alexanders polnische Pläne auf heftigen Widerstand stießen. Bekanntlich beabsichtigte er die Errichtung eines constitutionellen Königreichs Polen unter russischem Scepter. Welche Bedenken eine solche Gründung für die bei Preußen und Oesterreich verbleibenden polnischen Gebietsantheile — die meisten, selbst Posen, Thorn und Krakau nahm Alexander für seine Neuschöpfung in Anspruch — hervorrufen mußte, lag auf der Hand. Besonders war es auch England, das die Gefahr eines Uebergewichts Rußlands, sein eventuelles Dominat über die mit offener Grenze ihm preisgegebenen Staaten Preußen und Oesterreich mit Sorge ins Auge faßte. So wenig Großbritannien daher gegen eine Einverleibung Sachsens in Preußen einzuwenden wußte — es erklärte dagegen weder sittliche noch politische Bedenken zu haben — so sehr verwahrte es sich dagegen, daß Preußen durch diese Abrundung sich etwa veranlaßt finden könnte, sich im Osten mit offenen Grenzen in die Abhängigkeit Rußlands zu begeben. Ganz anders Frankreich. Hier sahen es die wiederhergestellten Bourbonen für eine Gewissenssache an, das verwandte sächsische Königshaus nicht fallen zu lassen; ihr leitender Staatsmann, der Fürst Talleyrand, Gesandter Ludwigs XVIII. auf dem Congreß, hoffte Frankreich am Leichtesten durch das Protectorat über die kleinen deutschen Dynastien kraft eines sog. Legitimitätsprincips die verlorene Stellung im europäischen Staatenverein wiederzuverschaffen. So schien alles auf die Stellung anzukommen, die Oesterreich einzunehmen für gut befinden würde. Es ist nun nachgewiesen, daß Metternich Mitte Oktober noch geneigt war, in die Abtretung Sachsens zu willigen, wenn Preußen in der polnischen Angelegenheit gemeinsam vorginge und am Rhein eine Beschränkung seiner Machtpläne zuließe. Vorgezogen hätte er freilich und besonders sein kaiserlicher Herr eine Theilung des Landes. Mit Oesterreichs Zustimmung ging gerade in jenen Tagen das Land aus den Händen der Centralverwaltungscommission in preußische Verwaltung über. Die principielle Seite der Sache blieb noch immer unerledigt [1]). Es führte nun eine totale Verschiebung der seitherigen Par-

1) Bernhardi, Geschichte Rußlands I, 50. Vergl. Pertz Steins Leben IV

teien herbei, daß sich diese sächsische Frage auf das Unlösbarste mit der polnischen verschlang. Kaiser Alexander, gereizt durch den Widerstand, den seine polnischen Pläne von Seiten der meisten Staatsmänner fanden, hatte am 6. November in einer jener erregten Scenen, wie er sie liebte, den König von Preußen zu dem Versprechen und dem bestimmten Befehl an seinen Minister hingerissen, dem russischen Monarchen in seinen Absichten auf Polen behülflich zu sein. Damit hatte Preußen die Linie überschritten, über welche die englische Politik bei der Unterstützung desselben nicht hinausgehen wollte. Auch Metternich erhielt dadurch erwünschte Gelegenheit, die schon vorbereitete Wendung seiner Politik zu maskiren. Schon vorher war es Talleyrands überlegener Gewandtheit gelungen, sich aus seiner anfänglichen Vereinzelung für den Augenblick zum tonangebenden Meister der eigentlichen Geschäftsbehandlung des Congresses emporzuschwingen. Das Legitimitätsprincip, welches er auf seine Fahne geschrieben, die absolute Geltung des dynastischen Rechts gegenüber Nationen und Staaten, verschaffte ihm viele eifrige Anhänger. Er sah sich jetzt von den Staatsmännern der kleineren Höfe eben so gesucht wie vorher gemieden. Es liegt nicht in meiner Aufgabe, diese Entwicklung im Einzelnen zu verfolgen, die neuerdings durch d'Haussonville und dann durch Bernhardi, mehr im Zusammenhang mit dem Gesammtbild des Congresses, in lichtvoller und erschöpfender Weise dargestellt worden ist. Der kurze Abriß des Thatsächlichen sollte mich nur der Nothwendigkeit entheben, bei Schilderung der Münsterschen Thätig-

---

119. Mendelssohn-Bartholdy (Friedrich v. Gentz S. 79) irrt in der Angabe, daß am 12. Oktober der von Talleyrand erkaufte Gentz Metternich „bestimmte, sich der entstehenden Coalition gegen Rußland und Preußen anzuschließen". Von einer Coalition kann im eigentlichen Sinne damals noch nicht die Rede sein. Hauptsächlich aber ist Metternichs Schwankung erst bedeutend später erfolgt. Gentz selbst bemerkt schon drei Tage später (Tagebücher S. 327): l'effet de mes grands efforts de mercredi dernier s'efface; il (Metternich) veut céder et il cédera. La Saxe est perdue. Noch am 20. und 23. Oktober hatte Metternich consenti à la cession de la totalité de la Saxe. Münsters Depesche vom 27. Nov., S. 186. Nach langem Schwanken trat er denn zuerst am 10. December definitiv von dieser Zusage zurück. Pertz, Stein IV S. 245. Nach Münsters Depeschen S. 198 am 9. December Abends.

keit in dieser Richtung mit jedem Schritt vorwärts zwei rückwärts machen zu müssen.

Graf Münster trat in Wien sofort als Herold der legitimen Restaurationspolitik auf, als deren Haupt im Rathe des damaligen Europa der Prinzregent von England zu betrachten ist, der jetzt ganz frei von früheren whigistischen Ideen Männern wie Castlereagh sein volles Vertrauen schenkte. Münster ist daher zum Beispiel von vornherein geneigt der neapolitanischen Frage ganz die Wichtigkeit beizumessen, die ihr vom Standpunkt Bourbonischer Familienpolitik aus allerdings zukam [1]). Joachim Murat auf dem Thron von Neapel schien ihm eine eben so schwere Gefährdung der europäischen Ruhe als die damals sich verwickelnde sächsisch-polnische Angelegenheit. Und doch erfaßte er diese gleich in seiner ersten größeren Depesche vom 27. November in ihrer vollen Bedeutung. Schon scheint ihm die sächsische bedenklicher als die polnische Frage. So bitter er die Politik Kaiser Alexanders als die eines europäischen Eroberers bezeichnet, so sehr hofft er doch, daß zum Heil Europas dessen polnische Constitutionspläne die Falle zu seinem Verderben sein werde, die er sich selber stelle. Er wußte, daß er damit seinem Gebieter etwas Angenehmes sagte, der bei Alexanders Anwesenheit in England von dessen Persönlichkeit eine nicht gerade vortheilhafte Meinung gefaßt hatte. Schon ist auch Metternich zunächst durch militärische Einsprache einigermaßen von seinen Preußen günstigen Absichten zurückgekommen, der Fürst Talleyrand erklärt mit Pathos, daß der König von Frankreich unmöglich in die Beraubung einer alten Dynastie willigen könne, deren Haupt, wie er weitläufig ausführt, gar nicht so sehr schuldig sei. Bekanntlich war es zunächst der Fürst Wrede, der mit Ostentation dem Franzosen Baierns Macht zur Erhaltung Sachsens zur Verfügung stellte. Vorsichtiger ging Münster zu Werke. Ihn leiteten dabei ebensowenig wie Talleyrand sittliche Motive, die ihm die Anwendbarkeit des Eroberungsrechtes auf Sachsen hätten unmöglich erscheinen lassen. Er betont das auch in seinen Depeschen in keiner Weise. Hatte er doch selbst Stein gegenüber vor nicht

1) S. 183 u. 205. An letzter Stelle wird die Stütze, die Metternich Murat gewähre, als sein faute cardinale bezeichnet.

allzulanger Zeit erklärt: der König von Sachsen verdiene geächtet aber nicht geachtet zu werden. Und die Verwerflichkeit des Eroberungsrechts konnte doch der Staatsmann am Wenigsten hervorheben, der 1812 Ostpreußen hatte an Rußland geben und sein geträumtes Welfenreich durch die preußischen Lande westlich der Elbe hatte arrondiren wollen. Es war — und ich bin entfernt ihm daraus einen Vorwurf zu machen — nur politische Berechnung, die seine Schritte leitete. Er bemerkt selbst über sein Vorgehen (am 17. December S. 199): J'ai toujours senti l'extrême importance de l'anéantissement de la Saxe sur notre existence future et sur l'indépendance du Nord de Allemagne. Es war demnach die „echt hannöversche" Mißgunst gegen die Bedeutung Preußens, die ihn auf die gleiche Linie mit der französischen Politik stellte. Aus diesem Grund kam es ihm auch weniger auf das Princip der Unantastbarkeit eines Fürsten an, als auf die Unzulässigkeit, Preußen zu stark werden zu lassen. Daher stritt er in den Reihen derer, die die allerunglücklichste Eventualität, die Theilung Sachsens, befürworteten. Er bemühte sich, den preußischen Staatskanzler von der „Nothwendigkeit, dies Opfer zu bringen", zu überzeugen. Besser sei es, hob er hervor, einen großen Theil Sachsens unter Zustimmung Europas zu besitzen, als das Ganze als usurpirte Provinz, die sich bei erster Gelegenheit erheben würde [1]). Oder, wie er bei späterer Gelegenheit sagt, er suchte, natürlich mit aller Vorsicht, „um uns nicht den Haß Preußens zuzuziehen", die Dinge so zu stellen, als ob die vorausgesetzten Vortheile einer Einverleibung ebenso groß seien, als die Gefahren eines Krieges unter den gegenwärtigen Umständen.

So spielte man mit dem Feuer, bis man den Brand beinahe angefacht hatte. Den Hauptwiderstand fand Münster, seiner eigenen Klage nach, außer bei Hardenberg und dem Kaiser Alexander vornehmlich auch bei Stein, der une influence très-nuisible sur ce point ausübe. An einer anderen Stelle werden mit durchsichtiger

1) Depeschen S. 191, die folgende Stelle 199. November 11 hatte Metternich eine Theilung vorgeschlagen und auch Wrede in diesem Sinne gearbeitet. Pertz, Stein IV 205.

Beziehung auf Stein diejenigen als Revolutionäre bezeichnet, die die Zusammenschmelzung Deutschlands in eine oder zwei große Massen erstrebten. Ein Föderativsystem und die Interesseneinheit der Fürsten Norddeutschlands, nicht aber die Unterjochung desselben, seien die Basen der Sicherheit und Macht Preußens. Was dem Grafen Münster das Föderativsystem war, beweist die oben mitgetheilte Stelle aus einem Brief an Gagern; was er unter Unterjochung Norddeutschlands durch Preußen verstand, dafür ist später sein zäher Widerstand gegen den Zollverein ein redendes Zeugniß. Der Gedanke, daß Preußen die leitende deutsche Macht, wenn auch nur für den Norden sein sollte, war ihm unerträglich. Die Vergrößerung dieses Staats durch Sachsen galt aber dafür, der Schlußstein der preußischen Hegemonie zu sein. Darum hatte sich Münster, den diese Sache officiell nichts anging, so sehr in die Gegenagitation eingelassen. Er bestürmte, wie wir gesehen, Hardenberg selbst mit düstern Zukunftsbildern bei fortgesetzter Hartnäckigkeit, er setzte seinen bedeutenden Einfluß auf Castlereagh in Bewegung, der, wie Stein an Capo d'Istria schreibt, ganz durch ihn und Metternich gegängelt ward [1]). Was der Wunsch des Landes sei, war dem welfischen Diplomaten, wie er dem Oberst von Miltitz erklärte, gleichgültig. Man werde sich, wenn Preußen nicht nachgebe, gegen die Besitznahme verwahren, eine Gelegenheit abwarten, und einen Krieg anfangen, der mit Preußens Untergang endigen würde [2]). So ward denn weiter gewühlt, wobei natürlich die Verhandlungen über die Verfassungsfrage gänzlich ins Stocken geriethen. Die Einzelheiten, besonders das allseitige Anbieten und Feilschen um Quadratmeilen und Seelen kann ich hier übergehen, ebenso die verschiedenen Einwirkungen und Intriguen, mit deren Hülfe man dem Kaiser Alexander beizukommen hoffte. Münster war, wie er denn überhaupt zu den wirklich arbeitenden Staatsmännern des Congresses gehörte, in die statistische Commission gewählt, welche zur Erlangung eines Ueberblicks die disponiblen Gebiete und alle erhobenen Ansprüche zusammenstellen sollte. Deren Thätigkeit zog sich in den Januar des folgenden Jahres hin-

1) Am 7. December 1814, Steins Leben IV 238.

2) Steins Leben IV 242.

ein und ist nicht ohne Nutzen gewesen. Inzwischen ruhte der diplomatische Kampf nicht. Talleyrand, nachdem es ihm mißlungen, besonders durch den Widerspruch Karl Augusts von Weimar die deutschen Fürsten zu einer Protestation gegen die Einverleibung Sachsens zu verführen [1]), begann sein unvergleichliches Spiel, die bisherigen gemeinsamen Gegner zu entzweien. Eine Convention, die er zum Schutz der Rechte des Königs von Sachsen vorgeschlagen, scheiterte zwar noch an dem unsichern Schwanken Castlereaghs. Doch wurde der Angriff des kecken Franzosen immer kühner, weil er zu wissen glaubte, daß der Kaiser von Rußland, der sich der Erfüllung seiner polnischen Wünsche nahe sah, nicht geneigt sein werde, für Preußens Vergrößerung das Schwert zu ziehen. Ihm kam dabei der Umstand zu Hülfe, daß England gerade in diesem Augenblick die freie Verfügung über seine gesammte Macht zurückerhielt. Am 1. Januar 1815 traf auch in Wien die Nachricht von dem zwischen England und Nordamerika unter holländischer Vermittlung geschlossenen Frieden ein [2]). Was denn eigentlich den Ausschlag gab, welcher Umstand den vorsichtigen Lord Castlereagh hingerissen hat, seine Unterschrift unter den vielberufenen Vertrag vom 3. Januar 1815 zu setzen, der in bekannter Weise die Monarchen von Oesterreich, Frankreich und England gegen Rußland und Preußen zusammenführte, liegt auch heute noch in einem gewissen Dunkel. Daß der englische Minister durch die heftige Aeußerung Hardenbergs, Preußen werde seine Rechte zu wahren wissen, zu dem unbesonnenen Schritt veranlaßt worden sei, ist nicht recht glaublich. Man durfte um so eher erwarten, über diesen wichtigen Punkt in Münsters Depeschen Aufklärung zu finden, als unter Anderem auch für Hannover der Beitritt bekanntlich offen gehalten ward. Doch findet sich in den vorliegenden Berichten nichts über diese Angelegenheit [3]). Man kann

1) Depeschen S. 204.

2) Wie Talleyrand diesen Fall betrachtete, zeigen seine Worte: Cela sterline les paroles Anglaises. Gagern, Mein Antheil II 95.

3) Nur am 12. April 1815 (S. 247) übersendet Münster dem Regenten la ratification de l'Autriche sur accession du Hannovre au traité du 3 Janvier. Sonst keine Silbe. Der Wortlaut, zuletzt

trotzdem nicht schwankend sein, daß Münster, bei dieser muthwillig heraufbeschworenen Kriegsgefahr die Hand im Spiel gehabt hat. Stein hat daran nie gezweifelt und hat darin den Grund zu einem langjährigen Zerwürfniß mit jenem gefunden [1]). Münster hatte den Krieg wiederholt als Schreckbild den preußischen Staatsmännern entgegengehalten. Wie leichtfertig er sich über einen gegen Preußen bei fortgesetzter Renitenz desselben zu beginnenden Vernichtungskampf aussprach, ist oben erwähnt worden. Es hatte ihn noch am 29. December 1814 „frappirt", daß man in Wien se bornerait à bouder, wie er es nennt, d. h., daß Metternich bei verweigerter Herausgabe Sachsens durch Preußen sich darauf beschränken würde, den Besitz desselben nicht anzuerkennen [2]).

Münster seinerseits war schon vorher von der Unvermeidlichkeit eines Krieges überzeugt, falls der Congreß sich trennte, ohne die sächsische Frage erledigt zu haben. Auf welcher Seite dann Hannover im engen Anschluß an das englische System zu stehen habe, das dünkte ihm unzweifelhaft. Er verlangte für den Fall einer solchen ligue défensive avec le reste de l'Allemagne von Metternich nur eine Garantie der unentbehrlichen Abrundungen [3]). Der Gedanke, das kriegsmüde und ruhebedürftige Deutschland in einen neuen Kampf zu stürzen, war ihm also geläufig, so sehr er es gelegentlich einer widerstandslustigen Partei im preußischen Lager als „absurd und unmoralisch" zum Vorwurf macht, das Geschick Europas und Preußens selbst aufs Spiel zu setzen, nicht dessentwegen, ob Preußen eine Vergrößerung erlangen solle, sondern darum, ob es dieselbe gerade auf dem Punkt erhalte, wo sie ihm die anderen Mächte nicht zugestehen könnten [4]). Betrachten wir noch die nächste Depesche

---

bei Neumann, Recueil S. 494 zeigt die Tendenz des Vertrags gegen Preußen ganz unverkennbar. Gagern, Mein Antheil II 104 meint, daß seitens der französischen Diplomatie die Allianz mehr gegen Rußlands Pläne gerichtet gewesen sei. Für den Augenblick hing Beides eng zusammen.

1) Steins Leben IV 396.

2) Depeschen 219.

3) Am 17. December 1814. S. 210.

4) 29. December 1814. S. 220.

Münsters vom 21. Januar. Auch sie bringt, wie erwähnt, kein Wort, keine Andeutung über das Bündniß vom 3. Januar. Es ist im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß der Gesandte seinen Herrn in dieser Zeit der Krisis über drei Wochen ohne Bericht gelassen hätte, während dieselben sonst in der Regel in ungleich kürzeren Zwischenräumen aufeinander folgen. Die Annahme fehlender Depeschen wird fast zur Nothwendigkeit erhoben durch den Eingang des Berichts vom 21: Les negociations sont toujours encore au même point d. h. natürlich wie am Datum meines letzten Berichtes, was in der uns vorliegenden Reihe der 29. December sein würde; könnte in der That Münster am 21. Januar so sich ausdrücken, nachdem am 9. Lord Castlereagh auf Verlangen Preußens und Rußlands in den sächsischen Conferenzen die protokollarische Erklärung abgegeben hatte, daß die Frage, wie Preußen durch einen Theil von Sachsen entschädigt werden solle, von der Entscheidung der Mächte, nicht aber von der Willkür des Königs von Sachsen abhängig gemacht werden dürfe[1])? War es kein Fortschritt, daß hier Preußen zuerst eine eventuelle Einwilligung in die Theilung Sachsens durchblicken ließ? Man befand sich doch wohl jetzt auf einem anderen, der Verständigung näheren Punkt, nachdem durch England wenigstens die Anschauung Talleyrands verworfen war: es handle sich nicht darum, was Preußen an den König von Sachsen zurückgeben wolle, sondern im Gegentheil, was dieser Fürst zur Erleichterung der allgemeinen Arrangements abzutreten sich entschließen könne[2]). Zwingende Gründe nöthigen also zur Statuirung einer Lücke in den Depeschen zwischen dem 29. December und dem 21. Januar. In dieser Zeit wird die Rede gewesen sein von dem mehrgenannten Bündniß und Hannover sowie Münsters Beziehung zu demselben. Welcher Art letztere war, ist unter obwaltenden Umständen im Einzelnen nicht zu entscheiden, wenigstens so weit es sich um seine Mitwirkung handelt; daß die Verhandlungen über die Accession Hannovers durch seine Hand gingen, beweist die oben angeführte Stelle über die Ratification des Vertrags. Wir müssen uns aber

1) Bernhardi, Geschichte Rußlands I 113.

2) Münsters Depesche vom 24. Dec. 1814, S. 217.

wegen unserer Unkenntniß über diesen Punkt ebenso trösten, wie darüber, daß wir aus Castlereaghs ausgedehnter Correspondenz doch nicht erfahren, welche Motive ihn eigentlich beim Abschluß des Bündnisses geleitet.

Es ist bekannt, daß die drohende Wolke gefahrlos vorüberzog; Dank sei es der Raschheit, mit welcher der englische Bevollmächtigte zur Besinnung gelangte, daß man in England Frieden, nicht Krieg von ihm erwartete. Möglicherweise mag seine bevorstehende Ersetzung am Congreß durch den Herzog von Wellington beigetragen haben, ihn ein rasche und friedliche Erledigung der Geschäfte eifrig betreiben zu machen. Preußen, in der Gefahr, die Unterstützung des nunmehr befriedigten Rußland zu verlieren, mußte den Gedanken fallen lassen, das ganze Sachsen zu erwerben. Es handelte sich nun hauptsächlich um die Art der Theilung, wobei, charakteristisch genug, Castlereagh mehr auf Seiten Preußens, Münster mehr auf Seiten Talleyrands stand. Preußen wollte dem König von Sachsen 840000 Seelen lassen[1]), während man österreichischerseits ein möglichst compactes, militärisch gegen Preußen zu vertheidigendes Sachsen als Vormauer für den eigenen Staat haben wollte. Nachdem man von dieser Seite Vieles nachgegeben, wünschte man, insbesondere Stadion und Schwarzenberg, noch Torgau und Leipzig dem König von Sachsen zu erhalten. Castlereagh bemühte sich Oesterreich und Frankreich, denn Letzteres nahm seit dem 11. Januar auch an diesen Conferenzen Theil, zur Nachgiebigkeit wenigstens in Betreff Torgaus zu bewegen. Münster gab sich dagegen den Ideen der beiden oben genannten Oesterreicher und Talleyrands hin, der erklärte, daß die Erhaltung einer Linie mehr in Sachsen (Torgaus) für Oesterreich wichtig sei, weil es sonst zu einem seine finanziellen Kräfte übersteigenden Bestand seiner Armee gezwungen würde. Effectivement à quoi servirait-il d'avoir sauvé le principe, si on le rendait illusoire dans l'exécution des mesures qui devraient en découler,

1) Mittheilung Hardenbergs an Münster am 20. Januar (Depeschen 225). Vergl. dagegen den Hardenbergischen Entschädigungsplan für Preußen vom 12. Januar bei Klüber, Akten des Wiener Congresses VII 79 ff.

mit diesem Ausruf schließt sich Münster den Auseinandersetzungen des französischen Diplomaten an. Er erklärte es Hardenberg gegenüber für unmöglich, daß Oesterreich und Baiern in ein Arrangement wie das von Preußen vorgeschlagene willigen könnten, was ihm eine sehr gereizte, kriegerisch lautende Zurückweisung von Seiten des Staatskanzlers zuzog [1]). Man kann demnach nicht zweifeln, daß Münsters Einfluß Castlereagh, der für Preußen Torgau erhandelt, in seinem hartnäckigen Widerstreben gegen Erwerbung von Leipzig [2]) bestärkt hat. Das Weitere ist bekannt. Am 10. Februar wurden die Verträge abgeschlossen, die Sachsen, sehr zu seinem eigenen Nachtheil, zerrissen und Preußen die Gestalt gaben, die es bis zum Jahr 1866 hatte. Man ist heutzutage darüber einig, daß im nationalen Interesse diese Lösung die wünschenswerthere war. Preußen, vor dem Krieg von 1806 zum dritten Theil ein slavischer Staat, war durch seine von den Gegnern ihm aufgedrängte territoriale Neugestaltung, die ihm, wie man oft wiederholt hat, eine Vertheidigungslinie von Memel bis Saarbrück gab, gezwungen gleichsam in Deutschland hinein zu wachsen, der deutsche Staat im eigentlichen Sinn zu werden. Daß das nicht in der Absicht derer lag, die damals in Wien die neue Ordnung der Dinge schufen, daß insbesondere Graf Münster gerade entgegengesetzte Motive zu seinem Verfahren in der sächsischen Frage hatte, das werden die vorhergehenden Blätter gezeigt haben. In wie mancher Beziehung auch seine in weit höherem Sinn ergriffenen Bestrebungen für eine deutsche Gesammtverfassung an seinem unseligen Antagonismus gegen Preußen ein Hinderniß ihrer Verwirklichung fanden, das wird sich aus dem Folgenden ergeben.

Wir erinnern uns an die Worte, die vor Beginn des Congresses Münster dem Freiherrn von Gagern schrieb. In der That sind sie seine Richtschnur geblieben. Er hat eine Kritik an dem „Souveränetätsschwindel" ausgeübt, wie sie vernichtender kaum gedacht werden kann; er hat alle Hebel eingesetzt, um ein etwaiges Uebergewicht der beiden Großstaaten in der deutschen Verfassung zu verhüten. Wie

---

1) Depeschen S. 225 u. 226.

2) Hierüber vergl. Gagern, Mein Antheil II 123.

vor Beginn des Befreiungskrieges, setzte auch hier der welfische Diplomat dem Gedanken einer großmächtlichen Schutzherrschaft sein entschiedenes Nein entgegen. Es erhellt daraus, daß es mit seinem an sich gewiß lobenswerthen und vielgepriesenen Eifer für Wiederherstellung der Kaiserwürde nicht allzuviel auf sich hatte. Es war einmal dem Wunsch ein sehr doctrinäres Element beigemischt, die juristische Ueberzeugung von der Rechtsungültigkeit der durch Franz II. formell wenigstens vorgenommenen Auflösung des Reichs durch Lossagung von seinen kaiserlichen Pflichten und die damit verbundene Loszählung der Stände; andererseits war, wenn dem Reich überhaupt in den letzten Zeiten seiner Existenz Lebenskraft innegewohnt, diese nicht beim Oberhaupt, sondern in den Kreisen zu suchen. Ein Kaiserthum, auch für den Fall, daß seine Wiederherstellung unter Abschneidung einiger alten Schäden erfolgte, konnte Hannovers Selbstständigkeit nicht gefährlich werden [1]). Uebrigers beweist seine Antwort an die Bevollmächtigten von 29 kleinen Staaten Deutschlands, daß damals (1814 November 25) sein Eifer schon sehr erkaltet war. Er behauptete hier, daß nach den Verträgen der deutsche Bund kein Oberhaupt haben dürfe oder daß es dazu wenigstens der freien Uebereinkunft der zu Paris paciscirenden Großmächte bedürfe. Uebrigens hatte die ganze Sache, so sehr auch Andere, wie Stein, dafür sich erhitzten, keine Bedeutung bei Oesterreichs und Preußens entschiedener Weigerung [2]).

Münster nahm für Hannover Theil an dem Fünferausschuß für deutsche Angelegenheiten. Er ist späterhin auch zu allen vertraulichen Conferenzen zwischen Oesterreich und Preußen in dieser Frage zugezogen worden, wie er selbst es auffaßt, ein sprechender

1) Münster war instruirt, für die Wiederherstellung der Reichsverfassung zu wirken; s. Klüber, Akten I 1, 84. Eine Art militärischer Leitung wollte er übrigens dem Kaiser zugestehen; vgl. seinen Brief an Stein am 8. Oktober 1815, Steins Leben III 420.

2) Es ist ein hübsches Quid pro quo, daß Klüber (I 1, 90) in dem Abdruck der Duplik der kleineren Staaten auf Münsters Erklärung mit Rücksichtnahme auf die Kalischer Proklamation diesen sagen läßt, die Gestaltung Deutschlands solle aus dem uneinigen Geist des deutschen Volks hervorgehen (statt ureigenen).

Beweis für den allgemeinen Ruf der Integrität, dessen sich der hannöversche Hof zu allen Zeiten erfreut habe (Depesche vom 11. Juni 1815 S. 292). Hier hatte er nun reichlich Gelegenheit, jenen „Souveränetätsschwindel" aus nächster Nähe kennen zu lernen. Baiern und Würtemberg wollten weder die nothwendigste Einschränkung ihres Bündnißrechtes zugeben, noch auch dulden, daß in der Bundesakte der Rechte der Unterthanen nur Erwähnung geschehe. Wohlgemerkt handelte es sich hierbei um jenen aus dem frankfurter Entwurf unter österreichischer Aegide zur Welt gebrachten Entwurf von 12 Artikeln, die wahrlich weder einen festgefugten Staat, noch besonders liberale Bestimmungen hinsichtlich der landständischen und allgemeinen Freiheitsrechte enthielten [1]). Wie das Gebahren der Rheinbundskönige schließlich selbst Metternich zu arg ward, so fand sich auch Münster im Verein mit seinem Collegen Graf Hardenberg veranlaßt, im Namen des Prinzregenten am 21. Oktober 1814 jene berühmte Erklärung abzugeben, die ihm den Ruf eines liberalen Mannes verschafft hat. Die Philippika gegen den rheinbündischen Begriff der Souveränetät, die Betonung der Nothwendigkeit ständischer Verfassungen in den Einzelstaaten, sowie der den Ständen gebührenden Rechte sind sicher ein schönes Zeugniß politischer Einsicht. Leider hat die Sache doch ihren Haken. Es hatte erst eines derben Briefes von Stein bedurft, um Münster, der in der Bewilligung der sogenannten vier Rechte für die Landstände bereits eine Gefährdung des Staats durch ehrgeizige Demagogen voraussah, zurechtzuweisen. In Ständen, die bloß das Recht hätten Gravamina einzureichen, sah Stein eine Herabwürdigung des Geistes der Nation, während Münster, der Deutschland „wegen langer Abwesenheit aus demselben" nicht mehr kannte, bereits ganz im Fahrwasser Metternichs, damit zufrieden zu sein schien [2]). Er wollte sich auch „mit dem Anfang eines repräsentativen Systems" begnügen, die Nation sei noch zu wenig an parlamentarische Discussion gewöhnt. Wie er als gelehriger Schüler schon nach wenigen Jahren ein Vertheidiger der

1) Klüber, Akten I 1, 57.

2) Brief Münsters vom 19. und Antwort Steins vom 20. Oktober s. bei Pertz, Steins Leben IV 132 ff.

berufenen Gentzschen Distinction zwischen landständischen und repräsentativen Verfassungen ward, davon ein Wort am Schluß.

Bekanntlich führte der Widerstand der größeren süddeutschen Staaten insbesondere Würtembergs zu einer vollständigen Sprengung des deutschen Comites, das seit dem 16. November seine Sitzungen einstellte. Neben der Souveränetätssucht Würtembergs war eine Hauptveranlassung zu dieser Stockung die wegen der sächsisch-polnischen Verwicklung steigende Entfremdung der Mächte, die auch den deutschen Ausschuß in zwei an Zahl ungleiche Lager trennte. Schon die erste ausführliche Depesche vom 27. November ist voll von diesem Gegensatz. Wie erwähnt, wird Sachsens Erwerbung durch Preußen als eine Frage der Freiheit Norddeutschlands aufgefaßt und drohend dem preußischen Staat der Untergang geweissagt, wenn er statt eines föderativen Systems die Unabhängigkeit Norddeutschlands erstrebe [1]). Ueber den Fortgang der deutschen Angelegenheiten bringt erst die nächste der vorliegenden Depeschen einige nicht unwichtige Nachrichten. Es geht hieraus hervor, daß Metternich die in seinem eigenen Entwurf enthaltene Eintheilung in Kreise, deren Obersten außer der allgemeinen Leitung gewisse militärische und juristische Befugnisse zustehen sollten, in der wirklichen oder vorgeschützten Befürchtung fallen ließ, daß Preußen mittelst dieses Hebels eine Art thatsächlichen Protectorats in Norddeutschland sich anmaßen werde. Und dem Grafen Münster schien diese auch Hannover bedrohende Gefahr zu „evident", um sich nicht auf die Seite Metternichs zu stellen. Er gab die Absicht, Deutschland in Kreise zu theilen, auf, idée qui sous tous les autres rapports m'auvait paru avantageuse [2]). Es war die Periode der äußersten Verbitterung. Oesterreich war entschieden von seiner früheren Stellung in der sächsischen Frage zurückgetreten. Metternich hatte durch einen Act treuloser Politik versucht, den russischen Kaiser von Preußen zu trennen. Die Folge war die Erklärung Kaiser Alexanders, mit einem so unzuverlässigen Menschen nicht mehr unterhandeln zu wollen. Die deutsche Frage schien vollständig zu ruhen. Da richtete am 16. December

1) Depeschen S. 190.

2) Depesche vom 17. December S. 197.

Metternich an Münster die überraschende Frage, ob er für Hannover einer deutschen Liga beitreten wolle, an deren Spitze sich Oesterreich als primus inter pares befände und die zusammengesetzt wäre aus Baiern, Baden, Hessen und den andern deutschen Fürsten. Die „liberalen Principien" der 12 Artikel sollten zu Grunde gelegt werden; ein Directorium und eine Fürstenversammlung in einer Kammer waren vorgesehen. Würtemberg sollte vorläufig bei Seite gelassen werden in der Ueberzeugung, daß es werde beitreten müssen „aus Furcht vor der Rache seiner eigenen Unterthanen, wenn es sich isoliren wollte". Münster fragte, ob Preußen ausgeschlossen sein solle. Antwort, man würde ihm die Freiheit beizutreten lassen. Aber ich sah wohl, erklärt Münster seinem Herrn, „daß es seine Idee war, eine Allianz von ganz Deutschland gegen Preußen in dem Fall zu bilden, daß Letzteres sich thatsächlich Sachsen anmaßen würde". Münster wollte die Hoffnung auf eine friedliche Beilegung der sächsischen Angelegenheit nicht aufgeben und also kein Motiv sehen, Preußen von der Liga auszuschließen. Im andern Fall sah er so wie so den Krieg für unvermeidlich an und zweifelte dann nicht, an einer defensiven Allianz des Restes von Deutschland theilzunehmen. Er fürchtete, daß Metternich diesen Plan mit zu großer Hitze angreifen werde, „um seinem Herrn die Vortheile der kaiserlichen Würde von Deutschland zu verschaffen, die er zu leichtsinnig preisgegeben habe, als es Zeit war, sich dieselbe zu verschaffen". Trotz Münsters Ausweichen ward der Plan nicht aufgegeben. In einer Depesche vom 29. December ist von Neuem die Rede davon. Doch wollte auch jetzt Münster nur als letztes Mittel Preußens Ausschluß statuiren. Selbstverständlich war diese Haltung nicht durch zarte Fürsorge dictirt, sondern einmal aus Furcht vor dem mächtigen Nachbar[1]), andererseits durch den Willen veranlaßt, auch Oesterreich keinerlei reellen Vorrang einzuräumen.

Im Lauf des Januar war denn die endliche Lösung der sächsischen Frage vorbereitet. Neue Hindernisse traten sofort einer ernst-

1) Depeschen S. 209 u. 221. Ueber den eventuellen Ausschluß Preußens heißt es (S. 221): Il n'est pas douteux que le Hanovre serait fort exposé par une mesure que la Prusse regarderait comme hostile.

lichen Inangriffnahme der deutschen Verfassung in den Weg. Noch waren die zwischen Oesterreich und Baiern schwebenden Territorialangelegenheiten nicht ausgeglichen. Noch hatte Friedrich August von Sachsen seinerseits nicht in die beliebte Art des Ausgleichs gewilligt. Die unerwartete Rückkehr Napoleons von Elba, das totale Zusammenbrechen der Bourbonischen Monarchie ließ alle Lust, sich mit deutschen Verfassungsangelegenheiten zu beschäftigen, vollends verschwinden. Wieder ward es zweifelhaft, ob Deutschland durch ein lien vraiment fédératif verbunden sein sollte, oder ob man sich begnügen müsse mit einem simple système d'une alliance permanente entre les divers états [1]). Hauptsächlich war es der Widerstand Würtembergs, die Fruchtlosigkeit aller Reclamationen gegen den „Mißbrauch der Gewalt", die das Fortschreiten hinderten. Und unter diesen Umständen mußte man dazu schreiten, Deutschland von Neuem gegen seinen gefährlichsten Feind unter die Waffen zu rufen! Auch aus unseren Depeschen erhalten wir einen Beitrag zu dem ärgerlichen Schauspiel, wie sehr die kleineren Staaten beflissen waren, sich den Lasten des ausbrechenden Kriegs zu entziehen. Und leider tritt hier Graf Münster mit Zügen echt particularistischer Selbstsucht behaftet vor unser Auge. Wie engherzig erscheint er in seiner Sorge, sein Heimathsland möglichst frei zu halten von den Kosten der Verpflegung für die durchziehenden Armeen, von Lieferungen für deren weiteren Unterhalt u. dergl. Ich kann auf das Specielle nicht eingehen und muß auf die ausführliche Darstellung von Pertz verweisen [2]). Wie weit Münsters Grimm gegen die von den Mächten gemeinschaftlich getroffenen Heerverpflegungsmaßregeln ging, beweisen Ausdrücke, wie rapacité d'un commissariat prussien (S. 268) oder der wüthende Ausruf: Si on nous forçait d'entrer dans le système inique enfanté dans la tête du Baron de Stein. Zu diesen speciell hannöverschen Wünschen muß auch das wiederholt mit Nachdruck hervorgehobene Anliegen gerechnet werden, das durch eng-

1) Depesche vom 11. März 1815 S. 229.

2) Steins Leben IV 401 ff. Daß Hannover gerade zum preußischen Rayon gehörte, machte ihm den Entschluß nicht leichter.

lische Subsidien erhaltene hannöversche Contingent auch noch durch England ernährt zu sehen. Nach solchen Proben kann man es den britischen Staatsmännern nicht verdenken, wenn sie sich meist recht zäh verhielten gegen jeden Versuch, unter der Firma der englischen Politik hannöverische Interessen zu vertreten [1]). So war es auch nur begreiflich, daß man in Hannover ohne außerordentliche Kriegssteuer durchkam.

Inzwischen war die deutsche Frage durch die Bevollmächtigten der kleineren Staaten wiederum angeregt worden. Die Dunkelheit, die über den geheimen Conferenzen des Fünfercomites lag, hatte schon längst Mißtrauen erregt. Stein hatte das schon im Oktober ausgesprochen. Seitens der Kleineren fürchtete man, daß diese Pentarchie auch in die künftige Verfassung übergehen werde. Wenn einmal keine Einheit möglich war, warum das Princip einer Fünfheit aufstellen? „Wenn wir in unserer Religion von der Dreieinigkeit reden, schreibt Gagern an Münster, so nennen wir es demüthig ein Geheimniß. Bei einer politischen Fünfheit sind uns aber die skeptischen Fragen wohl erlaubt“ [2]). Seitens Baierns und Würtembergs war allerdings die Frage gleich im Anfang angeregt worden, den Bund blos durch die fünf Staaten schließen zu lassen, und es hatte wohl einen Augenblick über den Häuptern einer Anzahl von Fürsten die Gefahr der Souzeränetät geschwebt [3]). Jetzt bei nahender Kriegsgefahr verlangten sie unter dem wiederholten Erbieten, zum Besten der Allgemeinheit die nöthigen Opfer bringen zu wollen, endlichen Abschluß des Bundes unter ihrer Betheiligung. Die Kaiserfrage, obwohl sie um diese Zeit von Stein nochmals angeregt ward, durfte für beseitigt gelten. Da man von Metternich eine Politik der Verschleppung voraussetzte, näherten sich zunächst Münster und der preußische Staatskanzler. Noch im März hatte Ersterer aufs Eifrigste den

1) Die Höhe der Summen, die nach Hannover aus England geflossen sein sollten, gibt der Verfasser der Lebensskizze des Grafen Münster in der Augsburger Allgem. Zeitung von 1839 Nro. 175 u. 176.

2) Gagern, Mein Antheil II 352 (vom 13. Januar 1815).

3) S. hierüber die Erklärung Münsters in seiner Schrift: Widerlegung der ehrenrührigen Beschuldigungen ꝛc. S. 90.

Anschluß der kleinen norddeutschen Contingente an die preußische Armee während des Kriegs verhindert [1]). Jetzt fand er es gerathen, im Verein mit Preußen wenigstens auf Abschluß des Bundes zu dringen. Das Detail der Verfassung sollte dann der zu berufende Bundestag ausarbeiten. Wieder waren es Würtemberg und Baiern, von denen er Widerstand auch in dieser Beziehung erwartete. Er fügt, um die Nothwendigkeit eines Abschlusses hervorzuheben, bezeichnend genug hinzu: Car sans la ligue nous risquerons de voir des trahisons en Allemagne [2]). Von den zahlreichen Entwürfen, die W. v. Humboldts rastloser Fleiß ans Licht gefördert, ließ sich Münster den vom 1. Mai 1815 gefallen [3]). Er wünscht dringend Abschluß, um der Zauderpolitik des österreichischen Cabinets ein Ende zu machen. Er argwöhnt, daß man mittelst der Verschleppung die Ereignisse abwarten wolle, um sich einen jetzt noch unbestimmten Vortheil zu verschaffen. Endlich am 13. Mai fand die so lange hinausgeschobene Conferenz statt, in der Oesterreich in Gegenwart Preußens und Hannovers seinen bekannten Entwurf vorlegte. Münster beklagt die Allgemeinheit desselben, das Verlassen vieler im Anfang vortheilhaft erschienener Ideen. Er tröstet sich mit der endlichen Constituirung Deutschlands als Bundeskörper. Der innere Ausbau soll dem Bundestag überlassen bleiben. Eine andere Sorge ist es, die Münster nunmehr beunruhigt. Wird der Bund nicht, bei dem sehr zweifelhaften Beitritt der größeren Rheinbundsstaaten, zu einer societas leonina ausarten? Als im Geheimen die Rede war von etwaiger Ausschließung Baierns und Würtembergs, erklärte er nicht zum Beitritt Hannovers bevollmächtigt zu sein, wenn nicht die Mächte zweiten Ranges Theil nähmen. Ce sont elles, schreibt er, qui par réunion de leurs moyens protégeront les faibles contre les forts [4]). Noch viel charakteristischer ist eine nur zwei Tage später erfolgende Aeußerung und zwar in doppelter Hinsicht. Die fortgesetzte vertrauliche Behandlung der deutschen Angelegenheiten zwischen

1) Depeschen S. 235. Sie wurden an Wellingtons Heer angeschlossen.
2) April 13. S. 251.
3) Depesche vom 12. Mai S. 264. Vergl. Klüber Akten II 298 ff.
4) Am 13. Mai. S. 271.

den Bevollmächtigten Oesterreichs, Preußens und Hannovers flößt Letzterem die betrübende Meinung ein, daß man nur zur einfachen Constituirung des Bundes gelangen werde und das „wichtigste Detail" dem im August zusammentretenden Bundestag überlassen müsse. Dann heißt es: C'est ainsi que l'espérance des peuples d'Allemagne sera trompée, car il est à prévoir qu'on n'accomplira pas à Francfort ce qu'on n'a su arranger à Vienne. Der Widerstand Baierns und Würtembergs diene auch hier zur Entschuldigung sowie die Furcht vor fremdem Einfluß beim Eingehen auf innere Angelegenheiten. Warum bekämpfte aber Münster diese offenbar geschickt genug durch Metternich vorgeschobenen Argumente nicht, warum zeigte er sich so schwach gegenüber jenem von ihm gerügten „Souveränetätsschwindel", warum trat er nicht ein „für die Hoffnung der Völker Deutschlands", um ihnen die politische Verfassung zu sichern, deren sie auch nach seiner Meinung unumgänglich bedurften? Die Antwort gibt er selbst: Je n'ose trop combattre ces doutes, de peur qu'on voudrait conclure la ligue à l'exclusion des puissances du deuxième ordre [1]). Dieses aufrichtige Wort gibt den Schlüssel zu Münsters Verhalten in der deutschen Frage. Er möchte wohl eine genügendere Verfassung, aber ihn erfaßt die Furcht, daß Baiern und Würtemberg einer Beschränkung ihrer Souveränetät durch die Gesammtheit sich nicht würden unterwerfen wollen. Unter diesen Umständen ängstigt ihn das Schreckbild eines die Selbstständigkeit der nunmehr isolirten Mittelstaaten im Bund erdrückenden Uebergewichtes Oesterreichs und des gehaßten Preußens und darum . . fahre wohl schöner Traum! Am 3. Juni erfolgt dann die Benachrichtigung, daß die obengenannten drei Staaten sich über diesen „sehr unvollkommenen Plan" verständigt hätten, mit erneutem Tadel gegen die schuldigen Südstaaten. Doch hat sich Münster in der Zwischenzeit bekehrt von seiner Sorge, daß es „gefährlich" (dangereux) sein würde, in den Bund einzutreten ohne die Mächte zweiten Rangs. Der unverfängliche Inhalt des Verfassungsentwurfes selbst hat ihm die Augen geöffnet [2]): telle,

1) Depesche vom 15. Mai 1815, S. 274.

2) Statt . . . ne seraient, pas telle ist hier zu lesen: ne seraient pas, telle. Denselben Gedanken wie hier s. S. 285.

qu'elle a été projetée et modifiée je ne puis y voir qu'une garantie de plus pour nous. Es ist nun noch zu bemerken, daß das eilige Treiben zum Abschluß, dessen sich Metternich in den nunmehr zusammentretenden Plenarversammlungen der deutschen Bevollmächtigten bediente, auf Verabredung der drei genannten Staaten beruhte, die den geretteten Verfassungstorso nicht aufs Neue dem Widerstreit der Meinungen preisgeben und zu einem reinen Schatten (simulacre) von Verfassung machen lassen wollten[1]). Ob dies Verhalten von Seiten Münsters sowohl als der preußischen Staatsmänner, die das Werk als ein unvollkommenes ansahen, politisch war, mag hier dahingestellt werden. So kam unter Schmerzen die deutsche Bundesakte vom 8. Juni 1815 zu Stande. Ueber das Verhalten der größeren Südstaaten insbesondere Baierns bieten die Depeschen wesentlich nichts Neues. Interessant für die Art der Geschäftsbehandlung ist es nur, daß Münster die von Baiern erzwungenen weiteren Abschwächungen der Akte, also z. B. hinsichtlich des Bundesgerichts mittelst eines ziemlich künstlichen Raisonnements als changements peu essentiels bezeichnen kann[2]).

Bekanntlich fühlte sich die hannöversche Gesandtschaft gedrungen, durch eine am 5. Juni erlassene Erklärung[3]) ihren Beitritt zu einer Verfassung, „welche die Erwartung der teutschen Nation nur zum Theil erfüllen kann", dadurch zu motiviren, daß es wünschenswerther sei, einen unvollkommenen deutschen Bund als keinen einzugehn. Der Bund schließt keine Verbesserung ganz aus und solche zu befördern werde sich Hannover stets angelegen sein lassen. Diese oft gerühmte Erklärung hat doch meines Erachtens an der oben angeführten resignirten Aeußerung des Grafen Münster, daß man in Frankfurt nicht fertig bringen werde, was in Wien nicht gelungen sei, einen eigenthümlichen Hintergrund. Obendrein glaube ich, daß

1) S. 282. Vgl. S. 284, wo nach Metternich zur Beschleunigung der Sache erklären sollte, der Congreß nähere sich seinem Ende und es müsse den Discussionen über den Bund (die streng genommen officiell erst beginnen sollten) ein Ende gesetzt werden.

2) S. 295.

3) Klüber II 524.

das Hauptgewicht des Aktenstückes nicht in den angeführten Worten zu suchen ist, sondern in dem Schlußvorbehalt, daß bei nicht erfolgendem Beitritt der Südstaaten über die Modificationen der Bundesakte in Frankfurt „besonders berathschlagt werde, welche die veränderte Lage der Dinge in jener Beziehung erfordern dürfte". Ich kann das nur von den in obigem Fall einzuführenden besseren Garantien für die Selbstständigkeit der Mittel- und Kleinstaaten im Bund neben den beiden Großmächten verstehen. Daß Münster selbst in diesem Vorbehalt das Wesen der Erklärung erblickte, erhellt aus einer Depesche vom 7. Juni. Hier heißt es, daß angesichts des Widerstandes mehrerer Höfe gegen jedes Opfer zum allgemeinen Besten, die anderen besser gesinnten keinen Grund hätten, ihr Werk nicht auf eine befriedigende Weise zu vollenden. De l'autre côté, fährt das Schriftstück fort, il m'a paru impossible d'entrer sans réserve dans une ligue dont une grande partie de l'Allemagne resterait exclue. Je me flatte que V. A. Royale, approuvera sous ce rapport la déclaration signée par moi et le Comte Hardenberg, que nous avons donnée au nom de V. A. Royale[1]).

Münster schied vom Congreß nicht in bester Stimmung. Es scheint, daß Letztere weniger den Unvollkommenheiten der deutschen Verfassung galt. Er glaubte das Seine gethan zu haben, um dem Bund die größtmöglichste Festigkeit zu geben. Im Allgemeinen stellt er auch dem Congreß selbst ein günstiges Zeugniß aus, der sicher seine Zeit nicht verloren, sondern in nur neun Monaten die größten Interessen geregelt habe[2]). Was ihn bekümmerte, war das angeblich sich enthüllende System der soi-disantes Großmächte, sich Vortheile auf Kosten der Schwächeren zu verschaffen, ein System, ohne dessen Aufhören das politische Gebäude, welches man in Wien habe errichten wollen, nur ein Luftschloß bleiben werde. Man wird fragen, was es denn sei, was ihm die Zukunft so trüb erscheinen lasse, daß er unter Verwahrung, nicht etwa sentimentale Politik predigen zu wollen, dringend an die Nothwendigkeit mahnt, die Gebote der Ehre und des guten Glaubens aufrecht zu erhalten? Außer der durch

1) S. 285, es kann nur die Erklärung vom 5. Juni gemeint sein.
2) 11. Juni S. 292.

Kaiser Alexanders Schwachheit bewirkten Versorgung von Eugen Beauharnais in Italien, worin er ein Transigiren mit den Jacobinern erblickt, handelt es sich um die seitens Oesterreichs und Preußens in der augenblicklichen Kriegs- und Geldnoth von den Hansestädten geforderte Anleihe zur Verproviantirung von Mainz, sowie um angebliche Verletzungen hannöverschen Gebiets durch preußische Truppen wider den Willen der Behörden. Letzteres giebt Veranlassung zu einer heftigen Erörterung über das Nachlassen des heilsamen Zügels der Subordination in Preußen, über die Willkür der Gouverneure und Sousgouverneure, ein Umstand, der den Grafen Münster die ersten Ausbrüche des deutschen Jacobinismus in Berlin voraussehen läßt [1]). Am 14. Juni beförderte er seine letzte Depesche an den Prinzregenten und reiste dann über Frankfurt in das Hauptquartier der verbündeten Mächte. Der ungeahnt schnelle glorreiche Ausgang des Krieges ließ ihn hier nicht zur Thätigkeit kommen. In Paris gehörte er diesmal zu denen, die im Widerstand gegen die russisch-britische Politik die Ansicht vertraten, Frankreich die ihm 1814 noch gebliebenen deutschen Landschaften abzunehmen. Bekanntlich war das Bemühen der deutschen Staatsmänner ohne Erfolg. Das legitime Bedenken, die Bourbonen andernfalls bei dem französischen Volk unmöglich zu machen, drängte an entscheidender Stelle alle anderen Rücksichten bei Seite.

Soll ich schließlich aus all dem Gesagten die Summe über Münsters politische Haltung ziehen, so kann sich nur das ergeben, daß er gleich Jedem, der überhaupt den Namen eines Deutschen verdient, die Liebe zum Vaterland im Herzen trug und dieselbe in Zeiten patriotischer Aufwallung in schöner Weise bethätigte, daß er aber als praktischer Diplomat vor Allem das Interesse seines Fürsten, dann das seiner engeren Heimath ins Auge faßte. Der Rest gehörte Deutschland, soweit nicht politische Voreingenommenheit ihn über dessen wahres Interesse täuschte. Einen echt deutschen Staatsmann vermag ich daher in Münster nicht zu erkennen. Das Gegengewicht jeder staatlichen Auffassung der Dinge, das Individualisirungsprincip, war in ihm zu mächtig, das heißt ins Politische übersetzt, der alte deutsche Abson-

1) Depeschen S. 290, 291.

derungstrieb, jenes particularistische Bewußtsein, das proteusartig unter immer neuen Erscheinungsformen auftritt, der Wunsch, selbst ein Ganzes zu sein statt ans Ganze sich anzuschließen. Um wie viel reizender mußte sich dieser Gedanke einem Münster darstellen, dem der Lauf der Dinge Gelegenheit bot, nach eigenem Maaß und Sinn ein Werk zu errichten, selbst Schöpfer zu sein. Dies sinnbethörende Gelüste brachte ihn in Conflict mit Grundbedingungen des preußischen Staats, es stellte ihn in Zeiten der Entscheidung aus Sorge für seine Schöpfung auf die Seite der Gegner des Vaterlandes oder vermochte ihn, wie bei der Verfassungsfrage, deutsche Interessen zu opfern, um hannöversche zu wahren. Aber Münster war in Wien der sorgsame Hüter altdeutschen Rechts, altdeutscher Freiheit! Ich habe mich über die berühmte Erklärung vom 21. Oktober bereits ausgesprochen und dieselbe mit Bezug auf Münsters liberale Anschauungen gewürdigt. Daß er nicht anstand, das Bundesgericht, die von ihm selbst vertheidigten Befugnisse deutscher Stände, ja die wirksame bundesverfassungsmäßige Forderung von Ständen, in den Landen, in welchen keine bestanden, fallen zu lassen, in dem Wahn, sonst Würtemberg und Baiern abzuschrecken und dann unvermeidlich einer großmächtlichen Hegemonie zu verfallen, haben wir aus seinen eigenen Worten ersehen können. Münster soll aber als echter Aristokrat in Wahrheit freisinnig gewesen sein. Es ist richtig, daß er auch hernach in Hannover nicht für die unbedingte Rückkehr alter Zustände war, das verbot schon die erweiterte Gestalt des Landes. Es ist richtig, daß so engherzig die Zusammensetzung der Stände durch ihn definitiv 1819 geordnet ward, doch in die Ordnung der ständischen Verhältnisse viele gute Einrichtungen des englischen Unterhauses übergegangen sind [1]). Aber auch bei ihnen war die Oeffentlichkeit ausgeschlossen, und die Engherzigkeit der Censurordnung, wonach sogar Hochzeitsceremonien und Leichenpredigten bei dem Consistorium eingereicht werden sollten, fand Steins Tadel und wird selbst von sonstigen Verehrern Münsters zugestanden [2]). Doch genug

1) Vergl. Aktenstücke der zweiten hannöverschen Ständeversammlung 1820, z. B. die Art der Wortertheilung, der Comiteberathungen S. 11.

2) Stein an Gagern, 7. November 1819, Leben V 444. Die Scheu vor

davon. Was soll man aber dazu sagen, daß der kühne Vertheidiger freiheitlicher Entwicklung auf dem Wiener Congreß fünf Jahre nach jener Erklärung in den berüchtigten Conferenzen zu Karlsbad sich mit beiden Füßen auf den Boden Gentzscher Distinctionen zwischen landständischen und repräsentativen Verfassungen stellte [1])? In allem Ernst wird hier von ihm die „vaterländische Institution" landständischer Verfassungen unterschieden von dem aus dem Ausland erborgten Repräsentativsystem; die Souveränetät, die früher bei Kaiser und Reich gewesen, sei jetzt bei den Fürsten, die gar nicht berechtigt seien, diesen gesetzmäßigen Standpunkt zu verrücken. Kraft dieses monarchischen Princips sollen dann die Beschlüsse des Bundestags höchste Autorität in Deutschland und also ohne landständische Zustimmung Landesgesetz sein. Fast als Sprachrohr der österreichischen Staatsmänner lassen diese herausgehobenen Hauptsätze Münster erscheinen. Wie viel besser dachten doch damals Stein und auch Gagern vom deutschen Volk! Ich muß nur noch erwähnen, daß erst fühlbarer Schaden am eigenen Leibe den Grafen Münster des Besseren über die Metternichsche Politik belehren mußte. Jener Herabwürdigung des deutschen Ständewesens zu bloßen Postulatenlandtagen hatte Münster das Wort geredet, aber die Erfahrungen, die er an Metternichs Schützling, dem Herzog Karl von Braunschweig machen mußte, öffneten ihm die Augen. Der frische Luftzug, der seit Cannings Leitung der englischen Politik die dumpfe Schwüle durchbrach, welche in Folge der Congreßpolitik auf Europa lastete, erleichterte die Erkenntniß. Da schrieb er denn im Vorwurfston jene oft citirten Worte, in denen er Metternich als den hinzustellen suchte, der sein System gewandelt habe: „Muß man denn, um das monarchische System aufrecht zu erhalten, Absolutist werden, der Vertheidiger aller Mißbräuche, der abgesagte Feind alles dessen, was einer

---

Oeffentlichkeit tadelt der anonyme Verfasser der Lebensskizze in der Augsburger Allgem. Zeitung 1839 (offenbar Hormayr). Daß Münster in Karlsbad eifrig für Gentz' sog. Preßgesetzentwurf war, ergeben dessen Tagebücher S. 360.

1) Hormayrs Lebensbilder I 337 ff. (nur in der 2. Auflage) Entwurf zu einem Präsidialvortrag und Schreiben an das Regierungscolleg in Braunschweig. Selbst Hormayr hält seinen energischen Tadel nicht zurück.

Garantie gegen die Willkür gleicht?“ [1]) Die Erfahrungen, die er in diesem Fall gemacht, bewogen ihn auch in einer eigenen Schrift zu der Erklärung, daß man englischerseits im gleichen Fall wie 1814 nicht mehr geneigt sein werde dahin zu wirken, daß den deutschen Fürsten die volle Souveränetät zugestanden werde[2]).

Das ist ein offenes Bekenntniß, aber wirft es nicht zugleich rückwärts ein grelles Licht auf Münsters eigene Thätigkeit? Konnte ferner ein Mann in der That echter Aristokrat, also dem wahren Fortschritt zugethan sein, der sich „unzählige Male“ in der Wiederholung der häßlichen Worte gefiel: „Die Antichambre will durchaus in den Salon, das ist ein Hauptkampf unserer Zeit“ [3])? So hätte der echt conservative Staatsmann, der die Erbunterthänigkeit in dem größten deutschen Staat beseitigt hat, nicht gesprochen. Noch eines weniger bekannten Umstandes muß ich gedenken. Auf dem Wiener Congreß ward Münster zu Conferenzen eingeladen, die sich mit der Freigebung der deutschen Stromschifffahrt beschäftigen sollten, bekanntlich auf lange hinaus noch ein frommer patriotischer Wunsch. Münster glaubte der für das materielle Gedeihen und die Zunahme der Idee der Zusammengehörigkeit so wichtigen Sache seine Stimme versagen zu müssen und berichtet darüber dem Prinzregenten: Il m'a paru que cette affaire était assez mal digérée et je ne me suis nullement cru appellé à faire gratuitement des sacrifices aux dépens de V. A. Royale pour favoriser quelques idées vagues sur la liberté du commerce[4]). Wir fragen mit Recht, wo bleibt hier die Freisinnigkeit, wo nur der politische Takt? Man hat es dem Grafen Münster oft hoch angerechnet, daß er die Schale seines Zorns besonders zur Zeit des Befreiungskrieges und des Wiener Congresses über die Tyrannei einzelner Rheinbundfürsten, insbesondere König

1) Schreiben vom 24. Novbr. 1826 an den Grafen Merveldt in Wien, Lebensbilder II 339.

2) Widerlegung der ehrenrührigen Beschuldigungen ꝛc. 1827 S. 90. Daß die Worte nicht etwa in der Aufwallung hingeworfen sind, darüber vergl. Pertz, Stein III 585, Note 3.

3) Lebensbilder I S. 136.

4) Depesche vom 25. März 1815 S. 238.

Friedrich I von Würtemberg erbarmungslos ausgegossen hat. Es ist wahr, daß hier theils Stein gegenüber theils auch in den Depeschen an den Prinzregenten harte Ausdrücke von ihm angewendet worden sind [1]). Das Unwesen des Systems war gerade in Würtemberg bis zu einer Höhe gestiegen, die jedem denkenden Staatsmann besorgnißerregend sein mußte. Selbst Metternich sprach sich dagegen aus, dessen eigener Vater bekanntlich jenem Versuch eines Residenzzwanges für den Adel unterlegen war. Ueberhaupt war es, wie man mit Recht bemerkt hat, der mediatisirte Adel, der in Würtemberg die ganze raffinirte Härte des Systems zu empfinden hatte. Darf man vielleicht vermuthen, daß es gerade dieser Umstand war, der den hannöverschen Diplomaten so erbitterte? Es findet sich hierüber keine Spur, denn daß Münster den Sturmlauf der Mediatisirten gegen die vom König Friedrich beliebte sogenannte Verfassung durch eine Note an das deutsche Comite unterstützte, kann man nur in der Ordnung finden [2]). Man darf wohl annehmen, daß es hauptsächlich der französirende Zuschnitt der rheinbündischen Staatsordnungen war, der seine Mißbilligung herausforderte. Und dieser antifranzösische Sinn führt mich zum Schluß auf das wirklich Staatsmännische in Münsters Wesen, jene zähe Consequenz im Erstreben seiner Ziele jene Ausdauer in Ab- und Zuneigung. Wir haben die Ausflüsse dieser Eigenschaften im Vorhergehenden mehrfach als für Deutschland verderbliche zu beklagen gehabt. Um so mehr ziemt es sich hier nochmals ausdrücklich hervorzuheben, daß Münsters oft unscheinbar wirkende, aber ausdauernde Bekämpfung des revolutionären Princips, welches er in Napoleon verkörpert sah, wesentlich mit dazu beigetragen hat, unserem geknechteten Vaterland die Unabhängigkeit zurückzugeben. Und das soll ihm unvergessen bleiben.

---

1) Steins Leben III 399. Depeschen 221, 229, 230, 242, 251, 271, 281, 298.

2) Depeschen S. 229.